



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



Schwerpunktthema:

Europäische Zerreißproben

ab Seite 6

Wahlanalyse

In Bayern gehen die Uhren nicht mehr ganz so anders. Auf die bayerischen Landtagswahlen vom 14. Oktober trifft der Begriff „historisch“ in mehrfacher Hinsicht zu.

Seite 3

Soziale Ungleichheit

2018 jährte sich der Geburtstag von Karl Marx zum 200. Mal. Wir fragten nach der heutigen Relevanz seiner Lehre und den aktuellen Problemen der sozialen Spaltung.

ab Seite 21

Musik und Politik

Wird Musik politisch instrumentalisiert oder benutzt Musik die Politik für ihre Zwecke? Eine Tagung zum 125-jährigen Jubiläum der Münchner Philharmoniker.

Seite 31

Inhalt

WAHLEN IN BAYERN

- 3** Entzauberung der CSU – Absturz der SPD – Höhenflug der Grünen

SCHWERPUNKT EUROPA

- 6** Grenzen von Leistungsfähigkeit und Legitimität
9 Auf dem Weg in die Schulden-Union?
11 Was kann Europa?

MEDIEN

- 13** Journalismus in Zeiten großer Gereiztheit
16 Medienmetropole Hamburg
18 Mein Smartphone, das unbekannte Wesen
20 Überzeugen(d) im Netz

WIRTSCHAFT

- 21** Soziale Ungleichheit und Wirtschaftswachstum

SOZIALPOLITIK

- 24** Hatte Marx doch recht?

INNENPOLITIK

- 26** Zu viele Emotionen, zu wenig Inhalte

VERFASSUNGSPOLITIK

- 27** Grundrechte in Zeiten der Digitalisierung
29 Die dritte Gewalt in Deutschland und Europa

ZEITGESCHICHTE

- 31** Musik macht Politik – Politik macht Musik
33 Gut gerüstet für den „Ausnahmestand“?

KULTUR

- 34** Verfilmte Zeit

PERSONALIA

- 35** Unermüdlich kreativ
35 Ex-Dozent ist neuer Kultusminister

NEUERSCHEINUNGEN

- 36** Mediatisierte Gesellschaften
36 Föderalismus

AKADEMIE INTERN

- 28** Personalverzeichnis
35 Impressum
37 Medienspiegel
40 Namen – Nachrichten

Blick über den See



Für Politikinteressierte sind Wahlabende mindestens so spannend wie der Sonntagabendkrimi. Das gilt inzwischen auch für bayerische Landtagswahlen. Früher ging es im Freistaat häufig nur um die Frage, ob die jeweilige Wahl die Asymmetrie im bayerischen Parteiensystem mit Blick auf die Mandatsverteilung abschwächen oder weiter verstärken würde. Das Wahlergebnis

vom 14. Oktober 2018 zeigt hingegen eine gewisse „Normalisierung“: Auch in Bayern wirken sich gesellschaftliche Modernisierungsprozesse inzwischen auf das Wahlergebnis aus. Zudem hindern selbst beste Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten Teile der Wählerschaft offenbar nicht daran, auf selbstbezogenes Regierungshandeln, disproportionale Themensetzung und persönliche Animositäten innerhalb einzelner Parteien mit Liebesentzug zu reagieren.

Darüber hinaus rückte die bayerische Landtagswahl die Bedeutung der Demoskopie in den Vordergrund: Welche Wirkungen eine Dauerbeschallung mit den Ergebnissen (und deren medialer Interpretation) repräsentativ erhobener Momentaufnahmen der Wählerstimmung auf die tatsächliche Wahlentscheidung hat, war immer schon relevant. Angesichts der Tendenz, dass die Parteibindungen schwächer werden und die individuelle Wahlentscheidung immer kurzfristiger getroffen wird, sollte sich eine aufgeklärte Öffentlichkeit mehr denn je auch mit ihrer eigenen Beeinflussbarkeit durch die Demoskopie befassen. Welche Schlussfolgerungen sich aus der bayerischen Landtagswahl ziehen lassen, beleuchtet meine Analyse in diesem Heft (ab Seite 3).

Unabhängig davon, ob Sie die darin zum Ausdruck kommenden Einschätzungen teilen oder nicht; in einem Punkt sind wir uns vermutlich einig: Der Anstieg der Wahlbeteiligung von 63,6 bei der Landtagswahl 2013 auf jetzt 72,4 Prozent zeugt davon, dass den Wählerinnen und Wähler der zentrale Vorzug der Demokratie gegenüber allen anderen Staatsformen, nämlich die Ermöglichung der Selbstregierung, ein wichtiges Anliegen ist. Zu den Lehren aus der deutschen Geschichte gehört aber auch, die Errungenschaft der Demokratie immer in Zusammenhang zu unserem Rechtsstaat zu setzen: Schließlich wissen wir, dass Demokratie ohne Rechtsstaatlichkeit nicht viel wert ist. Auch diese Einsicht begleitet die Arbeit der Akademie für Politische Bildung – in Jahren mit und in Jahren ohne Wahlen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Entzauberung der CSU – Absturz der SPD – Höhenflug der Grünen

SCHÖN ist das Wort zwar nicht, aber gerade eine Analyse der bayerischen Landtagswahl vom 14. Oktober 2018 kann auf den Begriff Volatilität nicht verzichten. Er umschreibt die Unbeständigkeit (womöglich sogar Flüchtigkeit) des Wählerverhaltens, die nicht zuletzt auch darin zum Ausdruck kommt, dass ein steigender Anteil der Wählerinnen und Wähler die Entscheidung erst sehr kurz vor dem Urnengang trifft.

Niedergang der Volksparteien

Die Zahl der Wähler ist im Vergleich zu 2013 um fast 850.000 gestiegen. Dieser Mobilisierungsschub kam nicht allein der AfD und den Grünen zugute, sondern vor allem der CSU, auch wenn ihr Stimmenzuwachs aus dem Nichtwählerlager die Verluste an anderer Stelle nicht ausgleichen konnte. Die Grafikprogramme, mit denen die Wählerwanderungen im Vergleich zur Landtagswahl vom September 2013 nachgezeichnet werden, kommen recht bunt daher (siehe Grafiken). Hinter dieser Buntheit verbirgt sich nicht nur ein womöglich übersteigertes Vertrauen in die Fähigkeit der Nachwahl-Befragten, sich zu erinnern, was sie bei der letzten Wahl gewählt haben, sondern auch brisante politische Fragen. Die massiven Stimmenverluste der CSU (Rückgang um 10,4 Prozentpunkte auf jetzt 37,2 Prozent) und der BayernSPD (Rückgang um 10,9 Prozentpunkte auf jetzt 9,7 Prozent) gegenüber der letzten Landtagswahl in Bayern 2013 fordern eine gründliche Auseinandersetzung: Warum verlieren die Volksparteien im Allgemeinen bereits seit geraumer Zeit massiv an gesellschaftlichem Rückhalt? Warum gelingt es der SPD im Besonderen offenbar nicht mehr, ihren früheren (Stamm-)Wählerinnen und Wählern das Gefühl zu vermitteln, dass die SPD deren Anliegen besser vertritt als andere Parteien? Die Wortwahl der



Bayern hat sich verändert

© GRESEK & LENZ GBR

bayerischen SPD-Spitzenkandidatin Natascha Kohnen ist aufschlussreich: Nach der Wahl beklagte die Parteivorsitzende mit Blick auf die bayerischen Wähler die „unmöglich große Distanz zu uns“. Die abtrünnige Wählerschaft wird die Ursache-Wirkung-Relation vermutlich anders deuten: Ihre Distanz zur SPD hat keineswegs allein mit dem miserablen Erscheinungsbild der Großen Koalition im Bund, sondern vor allem damit zu tun, dass die Schnittmengen zu Inhalten, Personal und Sprache der SPD massiv geschrumpft sind.

Grüne „Wohlfühlpartei“

Im Gegenzug ist den bayerischen Grünen (17,5 Prozent, ein Zuwachs um 8,9 Punkte gegenüber 2013) mehreres geglückt: Die Partei hat nicht nur bisherige Nichtwähler (ca. 140.000) mobilisiert, sondern vor allem der BayernSPD (nach Ausgleich der Abgewanderten ein Zugewinn von ca. 200.000) wie auch der CSU (ca. 170.000) Wählerinnen und Wähler abspenstig gemacht. Der grüne Wahlerfolg ist sowohl der programmatischen Öffnung der Partei – die Einordnung durch Beobachter als „Wohlfühlpartei“ spricht Bände – wie auch dem damit verbundenen Umstand geschuldet, dass vom „Fund“-Flügel der Partei, dessen auf Verhaltensregulation setzende Botschaften in der Wählerschaft traditionell weniger gut ankommen, bei der bayerischen Landtagswahl nichts zu vernehmen war. Zugleich kann man sich bei der Analyse der regionalen Stimmverteilung des Eindrucks nicht erwehren, dass das Ergebnis der Grünen auch darauf zurückzuführen ist, dass die Angehörigen der statuszufriedenen städtischen (oberen) Mittelschicht einerseits ökonomisch befriedigt auf das Erreichte blicken und andererseits ökologisch besorgt in die Zukunft schauen.

Landtagswahl Bayern 2018

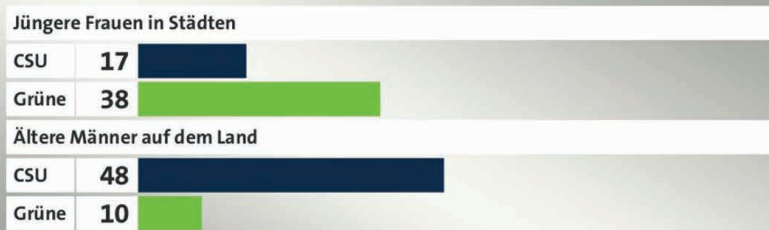
Wanderung CSU



Infratest dimap

Landtagswahl Bayern 2018

Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen



Infratest dimap

in %

Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die Vielzahl an Meinungsumfragen den Wählerinnen und Wählern den Eindruck vermittelten, dass bei dieser Wahl die Musik im Grünen spielt: Die Partei konnte vom sogenannten „Bandwagon“-Effekt profitieren: Man unterstützt an der Wahlurne lieber die potentielle Siegerpartei, als absehbare Verlierer zu stärken.

Vom Umgang mit der AfD

Das bayerische Wahlergebnis und dessen Interpretation durch die Parteien selbst führt schließlich mitten in die Auseinandersetzung hinein, wie man mit der erstmals in den Landtag eingezogenen AfD (10,2 Prozent) umgehen soll. Damit ist die Frage gemeint, ob auch die AfD dem sogenannten bürgerlich-konservativen Lager zuzuordnen ist, dem sich in Bayern die CSU, die Freien Wähler (FW) sowie die FDP zurechnen. Nach Lesart sowohl der CSU als auch der Freien Wähler, die gemeinsam eine „Bayern-Koalition“ bilden wollen, ließ sich bei der Landtagswahl eine geringe „Interblock“- und in erster Linie eine „Intrablock“-Volatilität beobachten: Zwar hätten CSU, Freie Wähler und FDP mit gemeinsam 53,9 Prozent der Gesamtstimmen einen niedrigeren Anteil der Wählerinnen und Wähler erreicht als bei der Wahl 2013

(60 Prozent). Da diesem bürgerlich-(rechts-)konservativen „Lager“ aber auch die Wählerschaft (wenn auch nicht die Repräsentanten) der AfD zugeordnet werden könne, sei der Stimmenanteil des Mitte-Rechts-Lagers gegenüber 2013 sogar größer geworden. Diese Interpretation bietet der CSU den Vorteil, ihr Wahldebakel klein zu reden: Da ja die meisten unzufriedenen Wähler zumindest dem bürgerlich-konservativen Lager treu geblieben seien und insgesamt nur ungefähr 170.000 frühere CSU-Wähler dieses Mal für die Grünen gestimmt haben, kann man sich der Hoffnung hingeben, die zu den Freien Wählern und zur AfD übergelaufenen, je rund 160.000 Wähler auch wieder zurückzugewinnen.

Dass diese Sprachregelung es umgekehrt der neuen AfD-Fraktion im Landtag erlaubt, sich mit dem Etikett zu schmücken, auch ihre Wählerinnen und Wähler gehörten dem „bürgerlich-konservativen“ Lager an, wird schon deshalb in Kauf genommen, weil sicherlich größere Teile der AfD-Wählerschaft keine Extremisten sind.

Dilemma der Union

Und dennoch: Diese Interpretation wird es künftig erschweren, den bislang innerhalb der Union bestehenden Konsens, sich sowohl gegenüber der extremen Linken als auch gegenüber der extremen Rechten deutlich abzugrenzen, auf Dauer aufrechtzuerhalten. Falls die AfD nicht ohnehin an der immer wieder neu aufscheinenden Radikalisierung maßgeblicher Repräsentanten oder auch daran scheitern wird, dass ihr nach der Kanzlerschaft von Angela Merkel das „Geschäftsmodell“ abhanden kommen könnte, werden sich beide Unionsparteien womöglich bald in einem massiven Dilemma befinden: Wenn Union und SPD weiter an Zustimmung verlieren und sich die AfD in einzelnen ostdeutschen Ländern womöglich zur stärksten Partei entwickelt, wird innerhalb der Union eine erbitterte Auseinandersetzung darüber beginnen, ob man es sich bei der Regierungsbildung erlauben kann, die AfD weiterhin von der Bettkante zu stoßen. Und dann wird es denjenigen, die sich derzeit zwar von der Politik der AfD abgrenzen, gleichzeitig deren Wählerschaft aber dem eigenen bürgerlich-konservativen Lager zurechnen, schwer fallen zu begründen, warum die AfD nicht für koalitionswürdig gehalten wird.

Fatale Verschleppung der Analyse

Die durch die Verfassung gebotene Eile bei der Regierungsbildung in Kombination mit der Vorgabe der Parteiführung, geschlossen und ohne Schuldzuweisung an den Minister-

Landtagswahl Bayern 2018

Wanderung AfD



Infratest dimap

präsidenten Söder in die Koalitionsverhandlungen mit den FW zu gehen, werden voraussichtlich dazu führen, dass die CSU eine gründliche Aufarbeitung ihres Misserfolgs verschleppen wird. Das wäre für die

und Wähler. Und der SPD gelang es in der Landeshauptstadt München nur bei einer Wählergruppe ein zweistelliges Ergebnis (14 Prozent) zu erzielen: bei den über 60-jährigen Wählerinnen und Wählern.



Das Ergebnis der bayerischen Landtagswahl 2018 führt uns vor Augen, dass die veränderten demographischen Bedingungen einerseits Wahlen entscheiden (die Grünen erzielten fünf ihrer insgesamt sechs Direktmandate in München und eines in Würzburg) und andererseits die Politik inhaltlich herausfordern. Unter das Stichwort Demographie fällt auch die Frage, ob und wie es der Politik gelingt, der Dichotomie Stadt/Land entgegenzuwirken, wenn die jeweiligen Erfolge der Parteien beim Wähler geographisch so stark streuen: Während die Grünen in der Landeshauptstadt gemessen an der Gesamtstimmenzahl mit 30,3 Prozent zur stärksten politischen Kraft aufgestiegen sind und CSU

Partei schon deshalb fatal, weil gerade auch die Parteibasis eine Klärung zentraler Konflikte einfordert: Wie soll der auch von Markus Söder beförderte Dauerstreit zwischen Horst Seehofer und Angela Merkel über die Bewertung ihrer Flüchtlingspolitik oder auch den Umgang mit Muslimen in Deutschland beigelegt werden? Welche (Personal-)Entscheidungen führen aus der unverhohlenen Feindschaft zwischen Noch-Parteichef Seehofer und Ministerpräsident Söder heraus? Welche Inhalte muss die Partei in Zukunft überzeugender besetzen?

und FW gemeinsam in München nur auf 31,3 Prozent kommen, liegen die Ergebnisse für die Grünen in einigen ländlichen Stimmkreisen im einstelligen Bereich (Angaben Landeswahlleiter).

Faktor Demographie

Weniger Frauen im Landtag

Womöglich noch wichtiger als diese inhaltlichen und personellen Fragen ist eine Aufgabe, die der demographische Wandel den Parteien stellt: Weit mehr Stimmen als an die Grünen verlor die CSU nämlich durch Tod oder Wegzug früherer Wählerinnen

Und zur Demographie gehört die Frage, wie die Parteien in Zukunft durch eine verbesserte Kandidatenaufstellung der peinlichen Unterrepräsentanz von Frauen im Bayerischen Landtag begegnen werden: Von den nunmehr 205 Abgeordneten sind 55 Frauen; damit reduziert sich der Frauenanteil von bislang 29,4 auf 26,8 Prozent. Diese Negativentwicklung ist vor allem dem niedrigen Frauenanteil in der Fraktion der AfD (2 von 22 Mandaten; 9,1 Prozent), der FDP (1 von 11 Mandate; 9,1 Prozent), der CSU (18 von 85 Mandaten; 21,2 Prozent) sowie der FW (6 von 27 Mandaten; 22,2 Prozent) geschuldet. Lediglich die SPD-Fraktion (11 von 22 Mandate; 50 Prozent) sowie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17 von 38 Mandate; 44,7 Prozent) spiegeln den Anteil der Frauen in der bayerischen Gesellschaft angemessen wider.



Aus Sicht der CSU schmälert das Erfordernis der Koalitionsbildung die Möglichkeit, von ihrer „Doppelrolle“ in Bayern und Bund zu profitieren: Wer die Regierungsmacht mit einem Koalitionspartner teilen muss, kann nicht mehr darauf verweisen, die einzige bayerische Partei zu sein, die bayerische Interessen „unverfälscht“ im Bund (wie in der EU) einbringen kann. Dass man mit den Freien Wählern zumindest eine „Bayern-Koalition“ bilden kann, und sich diese ja ebenfalls nicht nach einer Bundespartei auszurichten haben, ändert an dieser Entzauberung der CSU nur wenig.

Vergleich zu 2013 in %
© infratest dimap

Ursula Münch

Grenzen von Leistungsfähigkeit und Legitimität

Anspruch und Wirklichkeit der europäischen Integration scheinen mehr denn je auseinanderzudriften. Die EU wird von außen wie von innen auf eine harte Probe gestellt, wenn nicht gar bedroht.

DER US-PRÄSIDENT fordert die EU in Handels- und militärischen Fragen heraus. Hinzu kommt die Unsicherheit rund um den Brexit. Die Digitalisierung wirft neue Fragen auf. Staatsschulden- und Euro-Krise sind noch nicht überwunden. Die Migrationsprobleme sind nicht gelöst. Nationale Egoismen, Alleingänge und Angriffe auf die Grundwerte der EU stellen den Zusammenhalt der Gemeinschaft zunehmend in Frage. Diese gegenwärtigen Herausforderungen der EU und ihre Analyse waren Themen unserer Konferenz*.

„Schönwetterkonzept“ Maastricht

Die EU befindet sich in einer mehrfachen Krise, deren Brisanz auf einem Zusammentreffen der skizzierten Phänomene beruht. Sie bringt das Projekt Europa nicht nur in seiner Leistungsfähigkeit, sondern auch in seiner Legitimität zunehmend ins Wanken.

Laut Oliver Dreute (European Political Strategy Centre, Brüssel) beruht der Maastrichter Vertrag, der den Weg in die heutige Union vorgezeichnet und die Vor-



Ist die Luft raus aus Europa?

© Archiv (APB)

aussetzungen für den Euro geschaffen hat, auf einem „Schönwetterkonzept“. Vor allem externe Schocks, wie die Finanz- sowie die sog. Migrationskrise, haben das Integrationsprojekt inzwischen entzaubert. Gleichwohl ist Dreute von einer Stabilisierung überzeugt: Der Vertrag von Lissabon habe die institutionelle Struktur an die Realität der EU-28 bzw. 27 angepasst und die Euro-Rettungsmaßnahmen hätten gegriffen. Die Anstrengungen hin zu einem europäisierten Asylsystem stimmten zuversichtlich. Trotzdem gebe es weiter Reform- und Integrationsbedarf.

Nicht ausgeschöpfte Potenziale

Hinsichtlich der drängenden Reformen plädierte Rudolf Streinz (Universität München) dafür, den rechtlichen Rahmen der Möglichkeiten im Auge zu behalten. Denn das (Europa-)Recht sei „zwar ein Gestaltungsmittel der Politik, aber die Politik ist (bis zu dessen Änderung) zugleich an das Recht gebunden.“ Umfassende Reformen, die auf der Basis eines neuen Vertrags erfolgen müssten, erscheinen ihm für die nächsten Jahre utopisch. Vielmehr müssten bislang nicht ausgeschöpfte Potenziale des Lissabonner Vertrags genutzt werden. Ebenso sieht Streinz Realisierungschancen für einen Integrationsfortschritt auf dem Weg des sog. Ersatzunionsrechts: Wie bereits im Falle von Schengen, Sozialkapitel oder auch dem Europäischen Stabilitätsmechanismus



Fragten nach der Zukunft Europas: Oliver Dreute, Gabriele Abels, Julian Siegl und Annegret Bendiek (von links nach rechts).

© Haas (APB)

* In Zusammenarbeit mit der Europa-Union Deutschland

(ESM) sind Reformen möglich, die zuerst außerhalb des Europarechts beschlossen und erst danach darin eingegliedert wurden.

Glaubwürdigkeit zurückerlangen

Der Reformbedarf der EU erschöpft sich keinesfalls in institutionellen Anpassungen und neuen Ansätzen von Problemlösungen. Vorrangig müsse die EU bei den Bürgern Glaubwürdigkeit zurückerlangen, so Anegret Bendiek (Stiftung Wissenschaft und Politik).

So ist die Union zuerst ein Rechtssystem mit klar festgelegten Kompetenzen, das auf dem Ideal einer grenzüberschreitenden Solidarität basiere. Gerade hier liege die Wurzel der aktuellen Legitimationskrise: Zu ihr beigetragen haben zum einen die ständige Aufweichung und Verletzung von Regeln und Normen. Angefangen habe das bei den Maastricht-Kriterien über das Dublin-System und Schengen-Regime und ginge bis zur Verletzung demokratischer Grundprinzipien in einigen Mitgliedsländern. Außerdem habe sich der Begriff der Solidarität als inhaltsleer erwiesen. Sie stünde zwar als Schlagwort auf europäischen Papieren. Doch sei nirgendwo definiert, was sie bedeute, was man an Solidarität erwarten kann und wie viel Solidarität man selbst gewähren muss. Das nationalistische Verständnis von Solidarität – zum Beispiel in Polen oder Ungarn – sei mehr Symptom als Ursache.



UNGARISCHES GULASCH

© TOMICEK

Um wieder Vertrauen der Bürger in die Union zu erlangen, müsse auf allen europäischen Politikfeldern Rechtsverbindlichkeit wiederhergestellt und Rechtstreue eingefordert werden – auch durch konsequente Sanktionen. Detailliert und allgemeinverbindlich müsse geklärt werden, was die „europäische Solidaritätsgemeinschaft“ ausmacht und künftig ausmachen soll.

Gerade das latente grenzüberschreitende Unsicherheitsgefühl der Bürger in Europa könne zum Anlass für den Beginn des erforderlichen Solidaritätsdiskurses werden. Die wankende globale Sicherheitsarchi-

tektur – infolge eines wachsenden Nationalismus und Protektionismus in den internationalen Beziehungen – und die Herausforderungen der inneren Sicherheit durch Terrorismus, organisierte Kriminalität oder auch durch Migration führen zu gesteigerten Erwartungshaltungen. Europaweite Umfragen bestätigen aber auch eine neue Bereitschaft zu einem konzertierten europäischen Handeln. Julian Siegl (Kabinettschef des EU-Kommissars für die Sicherheitsunion) bringt es auf den Punkt: „Die Sicherheit eines Mitgliedslandes entspricht der Sicherheit aller Mitgliedsländer. Dies ist nicht nur ein Mantra der Politik, sondern auch die Überzeugung der Unionsbürger.“

Bewährtes ausweiten

Einen Angelpunkt stelle die Europäische Sicherheitsunion dar. Sie zielt weniger auf die Vergemeinschaftung nationaler Sicherheitspolitiken ab, sondern versteht Sicherheit als „vernetzt“. So sollen die Mitgliedstaaten animiert werden, sich stärker zu koordinieren. Die Herausforderung liege darin, die bereits bewährten Ermittlungs-, Abwehr- und Sanktionsmaßnahmen im Bereich der Wirtschafts- und Finanzkriminalität auf die Bereiche des Terrorismus und der Gewalt- sowie Cyberkriminalität auszuweiten: Auf internationalisierte Gefahren müsse es gemeinsame Antworten geben. Dafür stelle die Union das passende Dach zur Verfügung, so Siegl.

Neuer Konsens bei Verteidigung

Christian Mölling (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) verdeutlichte, dass der Vernetzungsansatz auch bei der Verteidigungsunion favorisiert werde. Diesen Konsens im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik machte er an drei Initiativen fest: PESCO (Ständige Strukturierte Zusammenarbeit), CARD (Koordinierter Jahresbericht zur Verteidigung) und EDF (Europäischer Verteidigungsfonds). Zusammen sollen sie die Synchronisierung der nationalen Streitkräfte und gemeinsame Rüstungsprojekte gewährleisten und zu einem „militärischem Schengen“ führen.

Digitalisierung als Integrationsmotor

Erwartungshaltungen an die EU weckt auch das Thema der digitalen Transformation – von Experten, von der nationalen Politik und von der Bevölkerung. Der Digitale Binnenmarkt soll den freien Verkehr von Waren, Personen, Diensten, Kapital und Daten ermöglichen und so Handel und Innovation fördern.

Allerdings erschöpft sich der Digitale Binnenmarkt nicht in der Verlegung von Glasfasernetzen. Sie sind nach Jakob Greiner (Deutsche Telekom) zwar Voraussetzungen, doch die eigentlichen Herausforderun-

gen fangen erst danach an. Es müsse ein besserer Zugang zu digitalen Waren und Dienstleistungen geschaffen werden. Der bedarf finanzieller und regulatorischer Anstrengungen. Die brauche es in diesen Bereichen:

- Implementierung hoher Verbraucherschutzstandards und Verbesserung der Cyber-Sicherheit: So wie die EU mit der Datenschutzgrundverordnung zum globalen Vorreiter beim Datenschutz wurde, müsse sie auch im Bereich der Cyber-Sicherheit zum weltweiten Maßstab werden.
- Schaffung regulatorischer Rahmenbedingungen für die Plattform-Economy – mit Facebook, Google, Amazon und Co. Hierbei müsse die EU nach Henning Schult (Allianz Versicherung) auf Transparenz und Öffnung der Datenmonopole hinwirken.
- Garantie ethischer Spielregeln: Im Bereich künstlicher Intelligenz bedarf es klarer Leitlinien, wie diese Technologie ethisch zu behandeln ist: Auch in der digitalen Welt müssen Freiheit, Selbstbestimmung, Transparenz, Respekt, Toleranz und Wertschätzung ihren Platz haben.


Digitale Agenda

Georg Eisenreich – bei der Tagung noch Bayerischer Staatsminister für Digitales, Medien und Europa – forderte eine „digitale Agenda für Europa“. Die sollte auch die Bildungspolitik beinhalten, die neben den digitalen Kompetenzen auch Selbstbestimmung und Werteorientierung fördern müsse. Bayern profitiere überproportional von der digitalen Transformation.

Die EU muss auf allen diesen Politikfeldern liefern, wenn sie weiterhin Legitimation erzeugen und einfordern will. Neben den EU-Institutionen sind aber auch die nationalen Akteure relevant. Sie sind Veto-Spieler, die Einfluss auf alle europäischen Entscheidungen haben. Gabriele Abels (Universität Tübingen) sieht hier eine gewisse Hürde, da in vielen nationalen Regierungen die nötige „europäische Rationalität“ durch identitäts- und souveränitätsbezogene Argumente in den Hintergrund zu geraten scheine.

Hoffnungsschimmer

Doch insgesamt ist die Situation nicht so verfahren, wie sie scheint. Der Erwartungsdruck der Bürger animiert die nationale Politik immer mehr dazu, europäische Lösungen zu suchen.

Zudem würden die Einstellungen gegenüber der EU – abseits mehr oder minder berechtigter Kritiken an einzelnen Entscheidungen – wieder stärker ins Positive schwenken, so Daniel Göler (Universität Passau). Er sieht durchaus ein gesellschaftliches Umfeld, in dem die EU Glaubwürdigkeit und Vertrauen bei den Bürgern zurückgewinnen kann – durch bedachte Politik, die sich der identifizierten Themen annimmt und europäische Antworten entwickelt. Unbedingt nötig sei aber die Wiederherstellung von Rechtsverbindlichkeit und die Einforderung von Rechtstreue sowie von rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsätzen – auch von den Mitgliedstaaten. Denn ohne diese entfalle die Basis für eine gemeinsame Politik. 

Andreas Kalina



© STUTTMANN

Auf dem Weg in die Schulden-Union?

Das aktuell dominierende Thema der Asyl- und Flüchtlingspolitik überschattet eine weitere Großbaustelle der EU: die nachhaltige Stabilisierung der Eurozone und des Euro.

ZWAR haben Europas Regierungschefs und Banker mit Rettungsschirmen die Krise entschärft und für ein Durchatmen gesorgt. Doch die Sollbruchstelle der Eurozone mit ihren Asymmetrien zwischen Währungsunion und nationaler Finanzpolitik bleibt bestehen. Sie fordert die europäische Einheit heraus und wirft Fragen über die Zukunft der EU auf.*

Bruchstellen

Thies Büttner (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium und Universität Erlangen-Nürnberg) sieht die Europäische Währungsunion mit ihrer gegenwärtigen Struktur auf tönernen Füßen: Die Fixierung der Wechselkurse birgt angesichts des unterschiedlichen wirtschaftlichen Potenzials der Mitgliedsländer stets das Austrittsrisiko von Staaten, deren ökonomische Leistung stark vom Durchschnitt abweicht; denn die Option einer Abwertung falle weg.

Getrennte nationalstaatliche Haushalte bedeuten, dass Staatsinsolvenzen durchaus real werden können. Wegen des Haftungsausschlusses ist man in Krisenzeiten auf Rettungsschirme angewiesen. Die Schuldenkrisen in den südlichen Eurostaaten und v.a. in Griechenland haben diese Bruchstellen der Währungsunion – und damit die Existenznöte des Euros – eindrücklich vor Augen geführt.

Reformwege

Büttner sieht zwei Möglichkeiten einer nachhaltigen Stabilisierung der gemeinsamen Währung. Beim ersten Weg ginge es darum, die Währungsunion um eine Fiskalunion zu ergänzen und so zu „vervollkommen“. Elemente dieser Strategie wären die Schaffung eines Budgets der Eurozone, die Einführung einer gemeinsamen Haftung sowie Einlagensicherung, die Einsetzung eines EU-Finanzministers und die Fortentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zu einem Europäischen Wäh-

rungsfonds. Dies würde zwangsläufig in einer zentralisierten Finanzpolitik mit Solidarhaftung münden. Die EU würde sich zu einem europäischen Bundesstaat wandeln.

Der zweite Weg könnte den Status quo „wetterfest“ machen und das bisherige Prinzip – die dezentrale fiskalpolitische Selbstverantwortung mit Eigenhaftung der Mitgliedstaaten – aufrechterhalten. Unter diesen Bedingungen sind folgende Schritte für die Stabilisierung der Eurozone erforderlich:

- Steigerung der Wirksamkeit der nationalen Wirtschaftspolitiken unter dem sanften Effizienzdruck der Währungsunion, um langfristig das Austrittsrisiko zu reduzieren.
- Steigerung der Widerstandskraft des Finanzsystems: zum einen durch die Bankenunion und die Forcierung der europäischen Kapitalmarktunion, zum anderen durch die bereits bestehenden und weiterzuentwickelnden Rettungsschirme.
- Einführung eines geordneten Insolvenzverfahrens für Mitgliedstaaten, um eventuellen Staatsinsolvenzen den Schrecken und die Unkalkulierbarkeit ihrer Auswirkungen zu nehmen.

Büttner meinte: „Die Staatsinsolvenz gehört zu einer Währungsunion und bietet die Chance für einen wirklichen Neuanfang.“

Nebenwirkungen

Beide Reformstrategien würden aus ökonomischer Sicht zu einer anhaltenden Stabilisierung des Währungsraums führen. Sie hätten allerdings unterschiedliche Nebenwirkungen auf die EU als Ganzes: Im ersten Fall durch die Entscheidung zugunsten eines europäischen Bundesstaats, im letzten zugunsten des bisherigen Mottos „Einheit in der Vielfalt“. Es sei eine politische Entscheidung, welches Ziel man verfolge. Zwischenlösungen gebe es nicht.



Thies Büttner sieht zwei Möglichkeiten einer nachhaltigen Stabilisierung der gemeinsamen Währung.

* Veranstaltung der Reihe „Fragen an Europa“ gemeinsam mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, der Europäischen Akademie Bayern und der Vertretung der Europäischen Kommission in München

Markus Ferber, CSU-Abgeordneter und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament, favorisiert die erste Lösung. Die Mechanismen zur Euro-Rettung hätten sich bewährt. Zugleich habe aber die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank viele Probleme „überkleistert“. Er findet, dass gerade ein passendes Zeitfenster bestehe, um die Instrumente zur Stabilisierung des Euro zu überprüfen und anzupassen. So haben die Euro-Staaten inzwischen 114-mal die Drei-Prozent-Grenze für die Staatsverschuldung unbegründet überschritten. Sanktionen gab es deswegen keine.



Markus Ferber fordert, dass in der Wirtschafts- und Währungsunion Rechtstreue und Haftung eingehalten werden.

© Fischer / Haas (APB)

Zwar würden die Regierungen ihre Haushaltspläne an die Europäische Kommission übermitteln, die diese prüft und Empfehlungen für eine nachhaltige Finanzpolitik gibt. Beachtet würden diese aber kaum: „Auch wenn die Vorschläge gut begründet und durchdacht sind, umgesetzt wird davon wenig“, sagte Ferber. Das jüngste Beispiel bot im Oktober der Haushalt der italienischen Regierung unter Giuseppe Conte.

Baustellen

Mit Blick auf die Missachtung der Maastricht-Kriterien und den laxen Umgang mit EU-Regeln fordert Ferber, dass innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion zwei Prinzipien eingehalten werden müssen: Rechtstreue und Haftung. Regeln müssen befolgt und Brüche konsequent sanktioniert werden. Der Entscheider müsse stets zur Verantwortung gezogen werden. So werde verhindert, dass die EU zu einer „Schulden-Union“ werde.

Ebenso müsse das Projekt der Kapitalmarktunion vorangetrieben werden, um den bisherigen „Zusammenhang von strauchelnden Banken und strauchelnden Staaten“ aufzubrechen: Der Finanzmarkt sei nur bedingt inte-

griert und der Kapitalverkehr nationalstaatlich fragmentiert. Dies führe dazu, dass heimische Staatsanleihen überdurchschnittlich bei den jeweiligen nationalen Finanzinstituten platziert werden, was eine starke Krisenanfälligkeit und hohe Risiken bedeute.

Fallstricke

Trotz der schwelenden Krise der Eurozone ist Büttner überzeugt: „Technisch gesehen war und ist der Euro gut gemacht.“ Als problematisch habe sich die mit ihm einhergehende Idee erwiesen, mit der Gemeinschaftswährung die europäische Integration als Ganzes zu befeuern: Man habe zu viele und zu heterogene Staaten am Euro partizipieren lassen und so unkalkulierbare Risiken in Kauf genommen. Auch die geduldeten Rechts- und Regelverstöße hätten ihn zeitweise an den Rand seiner Existenz gebracht und in die Glaubwürdigkeitsfalle geführt. Die Widerstände gegen den Euro entbehrten allerdings ökonomischer und fiskalischer Grundlagen. Sie seien politisch bedingt und gründeten auf populistischen und irrationalen Argumenten.

Ferber sieht im Euro die „Krönung des Gemeinsamen Marktes“. Man solle ihn weniger zu einem Instrument der europäischen Integration stilisieren. Macrons Pläne für die Eurozone würden einen anderen Weg vorzeichnen: Die Währung führt zu einer Transformation der EU in einen europäischen Bundesstaat. Diese Entwicklung hätte ungewisse Veränderungen der EU-Architektur zur Folge. Auf absehbare Zeit gebe es dafür auch keine Legitimation.

Andreas Kalina
(siehe Presseschau Seite 37)



HALLOWEEN

© TOMICEK

Was kann Europa?

Die Europa-Abgeordnete Nadja Hirsch (FDP) zu Chancen und Herausforderungen des Einwanderungskontinents

DIE FDP-POLITIKERIN Nadja Hirsch ist Abgeordnete des Europaparlaments. Sie gehört dort der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) an. Am Rande der Brüsselreise des Tutzinger Diskurses haben wir mit ihr über Chancen und Herausforderungen der Integration, den Einwanderungskontinent Europa und die Kompetenzen der Europäischen Union gesprochen.

Akademie-Report: Frau Hirsch, wie definieren Sie Integration?

Hirsch: Für mich bedeutet Integration, dass eine Person, die sich freiwillig entscheidet, mit und in einer Gesellschaft zu leben, ihre Identität, ihre Wurzeln nicht aufgeben muss – aber auch willens ist, die Rahmenbedingungen, die diese Gesellschaft teilt, zu wertschätzen und zu leben.

Was bringt gelungene Integration einer Gesellschaft? Und erkennen Sie Unterschiede vor Ihrer Haustür in Brüssel und in München?

Definitiv. München ist eine sehr reiche, wohlhabende Stadt, in der wir keine wirklichen Verteilungskämpfe haben. Da können die meisten Menschen – auf welche Weise auch immer – am gesellschaftlichen Leben partizipieren. Im Vergleich dazu Brüssel – wo die



Nadja Hirsch: „Integration ist der Schlüssel, der unter Umständen Ängste auf- oder abbauen kann.“

© Haas (APB)

wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anders sind, wo eine höhere Arbeitslosigkeit herrscht –, da merkt man eben auch: Wo die Rahmenbedingungen gut sind, gelingt Integration eindeutig einfacher.

Was die Chancen betrifft: Am einfachsten zu beschreiben ist der wirtschaftliche Aspekt – Fachkräftemangel, qualifizierte Mitarbeit, das kennen wir alle. Dazu kommt die Vielfalt: Ich genieße es, die Globalisierung im Kleinen durch einzelne Personen erleben zu dürfen. Das ist ein großer Mehrwert für die Gesellschaft. Wenn ich hier in Brüssel bin und mich auf diese Gesellschaft einlasse, eröffnet mir das doch ganz andere Lebensmöglichkeiten, Bildungsmöglichkeiten, berufliche Möglichkeiten, Möglichkeiten zur menschlichen Entwicklung. Für die Gesellschaft wie für das Individuum ist Integration ein wichtiger Punkt und bietet für beide Seiten Chancen.

Welche drängenden Herausforderungen sehen Sie im Integrationsbereich?



Im Europaparlament in Brüssel, einem der beiden Standorte der Parlamentarier

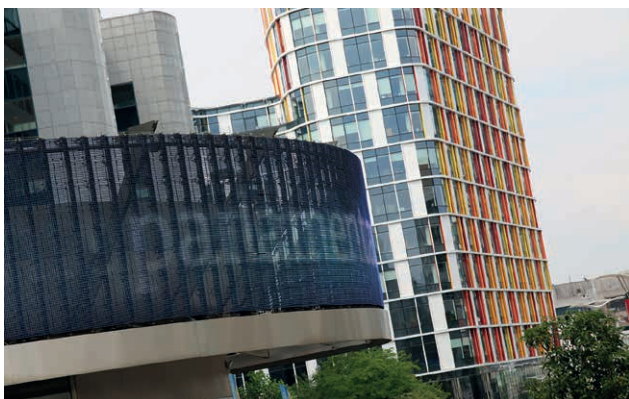
Die echte Herausforderung ist tatsächlich, den Mehrwert unserer offenen Gesellschaft klar zu machen und herauszuarbeiten. Was sind die Kernelemente, die wir für so wichtig erachten, dass wir sie wertschätzen und einfordern? Diese Diskussion ist so schwammig, weil sie nie genau definiert wird: Es geht nicht um Kultur, nicht um Religion, nicht um persönliche Befindlichkeiten oder Lebensentwürfe – es ist ja unsere Stärke, dass wir in all diesen Bereichen Vielfalt haben. Und worauf ist diese Vielfalt zurückzuführen? Auf Demokratie, auf Rechtsstaatlichkeit, auf die Gleichberechtigung von Geschlechtern.

Das sind die Bausteine, die ermöglichen, dass wir diese Pluralität und Vielfalt gewährleisten können und niemanden einschränken.

Die nächste Herausforderung: Bildung. Ich glaube, dass Schule der Ort ist, um unterschiedliche Lebensentwürfe kennenzulernen. Jede und jeder hat eine Familie, die prägt, mit der man glücklich ist oder nicht – und früh kennenzulernen und damit umzugehen, dass es verschiedene Familien- und Rollenmodelle gibt, ist für eine Gesellschaft extrem wichtig. Dazu kommt die Sprache: Sie ist nun einmal der Schlüssel – ohne Kommunikation auf einem annähernd gleichen Level ist kein Dialog, ist kein Austausch, kein Verständnis möglich. Nicht einmal in Bayern.

Auf europäischer Ebene geht es um Grenzsicherungen, Fluchtursachenbekämpfung und Ausschiffungsplattformen, selten um Integrationsthemen. Weil die Europäische Union nicht zuständig ist?

Tatsächlich ist Integration als Politikfeld keine Kompetenz der EU, sondern ist nationalstaatlich oder auf Landesebene geregelt. Formal gesehen ist es kein Aspekt, wird aber natürlich diskutiert – weil Integration der Schlüssel ist, der unter Umständen Ängste auf- oder abbauen kann. Schauen Sie sich die Diskussionen über ein gemeinsames Asyl- und Einwanderungssystem an: Die hängen mit den Erwartungen zusammen, ob Menschen, die zu uns nach Europa



Das Europaparlament in Brüssel ist ein Arbeitsplatz von Nadja Hirsch

kommen, die Gesellschaft zum Positiven oder Negativen verändern. Wenn man dabei vorrangig einen negativen Einfluss betont, baut man natürlich eine andere, restriktivere Gesetzgebung auf; dann geht man zum Beispiel davon aus, dass Geld von den Asylsuchenden missbraucht wird – und gibt Sachleistungen aus. Die Frage ist: Mit welcher Brille mache ich Gesetze und leite Maßnahmen ein?

Mit Blick auf die Politik der letzten Jahre beschleicht einen das Gefühl: Die Europäische Union akzeptiert Europa als Einwanderungskontinent. Doch Maßnah-

men, um diese Einwanderung zu regeln, kommen zu spät, gar nicht oder werden nicht umgesetzt. Sehen Sie diese Gefahr auch im Integrationsbereich? Ist man einmal mehr zu spät dran?

Man hat ja immer den Eindruck, die Europäische Union gehe seit der Eurokrise fast jeden Moment kaputt. Doch man benötigt eine gewisse Dynamik, um manche Länder zu bewegen, weil sie in ihrem alltäglichen Geschäft gefangen sind. Dass nicht langfristig und in Ruhe gearbeitet wird, sondern nur, wenn der Druck besonders hoch ist, das ist nicht gut, ist aber ein Funktionsmechanismus in der Politik.

Im Europäischen Rat zum Beispiel sind fünf von sieben Dossiers in der überarbeiteten Asylgesetzgebung fertig abgestimmt. Wir sind handlungsfähig. Doch die Punkte, die jetzt beschlossen wurden, hatten wir 2011 als Europäisches Parlament bereits angemerkt. Man lernt eben langsam, aber man lernt, und das ist ein Fortschritt. Nicht immer die, die am lautesten schreien, haben Recht.

Nun ist das ganze Thema Integration am schwierigsten zu greifen, weil es nicht gesetzlich zu verordnen ist. Ich kann regeln, wie schnell ein Asylverfahren durchgeführt werden muss, ich kann Qualitätsstandards und Fristen festsetzen. Doch diese Herausforderung kann nicht von der Politik alleine getragen werden. Das ist ein langer, intensiver und gesamtgesellschaftlicher Prozess. Wir haben lange den Fehler gemacht, Probleme nicht offen anzusprechen, doch das gehört zu einem demokratischen Prozess. Ein offener Diskurs wie dieser hier in Tutzing ist nötig, weil sonst die extremen Parteien gewinnen werden.



Muss Europa Trauer tragen?
© Schröder (APB)

Das Interview...

...mit Nadja Hirsch führte Sebastian Haas. In voller Länge finden Sie es auf der Homepage des Tutzinger Diskurses:
<https://www.tutzinger-diskurs.de/integration-europa>



Journalismus in Zeiten großer Gereiztheit

Fast 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und der Öffnung der DDR-Grenze entstehen neue gesellschaftliche Grenzen. Missstimmung und politische Polarisierung machen sich breit. Angst vor dem Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts geht um und Journalisten sind mit einem bisher nie gekanntem Vertrauensverlust konfrontiert.



© Schröder (APB)

BEI DEN 14. TUTZINGER RADIOTAGEN trafen sich rund 60 Radioprofis von öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern aus ganz Deutschland und der Schweiz, um ihre Rolle in diesem Prozess zu diskutieren und nach Antworten zu suchen, wie sie mit der zunehmend größeren Gereiztheit im Publikum umgehen können.

Hanne Detel ist Kommunikationswissenschaftlerin an der Universität Tübingen und hat zusammen mit Bernhard Pörksen über Skandale im digitalen Zeitalter geforscht. Ihre Thesen: In der Digital-Ära kann jeder einen Skandal auslösen. Gleichzeitig kann jeder auch zum Opfer eines Skandals werden. Das Publikum sei die neue Macht. Denn: Die klassischen Medien haben an Einfluss verloren.

Drastische Folgen

Anlass und Effekt würden heute oft in einem krassen Missverhältnis stehen. Die Kontrollmöglichkeiten über einen mal entfesselten Skandal nehmen ab. Das wiederum hat drastische Folgen für die Betroffenen. Denn: Digitale Skandale können sowohl Aufklärung als auch Pranger bedeuten.

Detel diagnostiziert als Ursache für die verbreitete Missstimmung und Unzufriedenheit einen Kontrollverlust und eine zunehmende Enthem-



Hanne Detel: „Digitale Skandale können sowohl Aufklärung als auch Pranger bedeuten.“

mung angesichts gesellschaftlicher Krisen. Raum und Zeit werden durch die Digitalisierung gesprengt. Nachrichten werden global und in Echtzeit verbreitet. Und fehlende Medienkompetenz, Geltungsdrang oder auch Nachlässigkeit im Umgang mit den digita-

Der kategorische Imperativ im digitalen Zeitalter:

„Handle stets so, dass Dir die öffentlichen Effekte Deines Handelns langfristig vertretbar erscheinen. Aber rechne damit, dass dies nichts nützt.“

Hanne Detel

len online-Medien sind weitere Ursachen für die aktuellen Probleme. Digitale Kommunikation kann anonym und unsichtbar stattfinden – Urheber sind nicht mehr automatisch zu identifizieren.

Das alles fällt zusammen mit fünf gleichzeitigen Krisenphänomenen: Ungewissheiten und Unsicherheiten nehmen zu. Die Grenzen des bislang Unsagbaren verschieben sich. Vorbilder gehen verloren und der professionelle Journalismus verliert seine frühere Deutungsmacht. Und Glaubwürdigkeit und Reputation werden zu einem gefährdeten Gut – unabhängig von Macht, Einfluss und Prominenz.

Die Medienwissenschaftlerin Detel riet Journalisten, Skandale nicht noch weiter anzustacheln. Es müsse zwar schnell, aber auch nicht überhastet und

unüberlegt reagiert werden. Der Kern müsse identifiziert und das eigene Image beachtet werden. Arbeitsprozesse in den Redaktionen müssten transparent gemacht werden und Journalisten müssten sich auch entschuldigen, wenn Kritiker Recht hätten. Zensur dürfe es nicht geben und das oberste Gebot sei: sachlich bleiben. Der kategorische Imperativ des digitalen Zeitalters laute: „Handle stets so, dass Dir die öffentlichen Effekte Deines Handelns langfristig vertretbar erscheinen. Aber rechne damit, dass dies nichts nützt.“



Friederike Herrmann ist selbst Journalistin gewesen und jetzt an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt für die Journalistenausbildung zuständig. Sie wies darauf hin, dass jedes Wort beim Empfänger einen sprachlichen Frame, also Rahmen, eröffnet. Es gebe keinen objektiven Sinn von Wörtern. Alle Menschen schöpfen aus ihrer Erfahrung. Frames sind Deutungsmuster, die den Informationen, die wir wahrnehmen, erst einen Sinn geben. Frames seien immer mit Emotionen verbunden und deshalb gebe es auch keine Kommunikation ohne Emotion.

Frames brauchen Resonanzboden

Man könne sich Frames nicht entziehen: „Man kann nicht nicht framen“, sagte die Journalistikprofessorin. Jeder Begriff rufe einen Frame auf, einen Rahmen. Um Wirkung zu entfalten, müssten Frames allerdings schon in der Wahrnehmung verankert sein: „Sie lassen lassen sich nicht beliebig setzen. Sie brauchen einen Resonanzboden, an dem man sie erfolgreich andocken kann.“

Framing beschreibe Wirklichkeit nicht nur, es erschaffe sie. Die Welt, wie wir sie wahrnehmen, sei das Produkt von Frames. Das Fatale ist: Frames lösen sich nicht dadurch auf, dass man sie verneint. Im Gegenteil: Die Wiederholung von Frames führt dazu, dass sie sich verfestigen – selbst wenn man sich gegen sie wendet und gegen sie argumentiert. Vom Satz „Ausländer sind nicht krimineller als Deutsche“ bleibt nur das übrig, was die Schlagworte „Ausländer“ und „kriminell“ transportieren.

Frames prägen unbemerkt und unbewusst unser Weltbild. So fließt Ideologie in die Sprache und das Denken von Journalisten, Politikern und uns

allen ein. Als Beispiele nannte Herrmann Begriffe wie „Flüchtlingswelle“ und „Überfremdung“, die negativ besetzt sind, aber mittlerweile wie selbstverständlich in der politischen Debatte verwendet werden. Der CSU-Vorsitzende und Bundesinnenminister Horst Seehofer benutze seit 2015 – wohl mehr bewusst als unbewusst – solche Begriffe, wenn er von „Herrschaft des Unrechts“ spricht oder von Migration als „Mutter aller Probleme“. Auch Begriffe aus der Frame-Fabrik der Herren Söder und Dobrindt wie „Asyltourismus“ oder „Anti-Abschiede-Industrie“ fallen darunter. Die Konsequenz für Friederike Herrmann: „Journalisten sollen solche Frames genauso routiniert überprüfen, wie sie das mit Fakten tun.“

Radiosender sind nicht mehr nur allein Radiosender. Sie betreiben aufwändige Auftritte im Netz mit Texten, Fotos und Videos. Auf der anderen Seite kommen neue Anbieter auf den Audio-Markt und besetzen Felder, die bislang allein den Hörfunksendern vorbehalten waren.

Politik-Podcast Stimmenfang

Sandra Sperber ist Reporterin im Berliner Hauptstadtbüro des SPIEGEL. Mit einer Kollegin zusammen produziert sie seit März 2017 auf SPIEGEL ONLINE den wöchentlichen Politik-Podcast „Stimmenfang“. Sie hält gerade Podcast für ein besonders spannendes journalistisches Format. „Stimmenfang“ hat sich zu-



Sandra Sperber ist mit „Stimmenfang“ bei Spiegel.de zu hören.

nächst intensiv mit dem Bundestagswahlkampf beschäftigt. Mittlerweile werden über tagessaktuelle Themen hinaus Podcasts erstellt und einmal pro Woche hochgeladen. Sperber ist davon überzeugt, dass nicht die technische Ausrüstung entscheidend für den Erfolg eines Podcasts ist, sondern der richtige, gut erzählte Inhalt.

Schnarchende Wale bei Audible

„Da ist etwas aus dem Dornröschenschlaf erwacht“, so Tim Kehl, beim Berliner Hörbuch-Anbieter Audible verantwortlich für Podcasts, als er von seinen Erfahrungen bei der Entwicklung von geeigneten Programmen berichtet. 2016 habe man bei der Amazon-Tochter Audible mit der Marktforschung begonnen, um beim Publikum populäre Themen herauszufinden. Als jüngsten Erfolg verzeichnet Audible den Podcast „Im Untergrund – auf den Spuren der RAF“.

Die notwendige Langzeitrecherche wurde „ausreichend vergütet“, so Kehl, der sich sonst über Unternehmenszahlen lieber auschwieg. Für Schmunkeln sorgte Kehl, als er von einer „Schnaps-idee“ erzählte, die mittlerweile ein Erfolg ist: „Träumende Tiere“. Hierbei kann man Tieren beim Schlafen zuhören, zum Beispiel schnarchende Wale.



Tim Kehl ist beim Berliner Hörbuch-Anbieter „Audible“ verantwortlich für Podcasts.
© Schröder (APB)



Tina Hüttl hat mit Berliner Jungjournalisten den Podcast „Alyom“ über den Giftgaskrieg in Syrien produziert.

teilung deutscher Firmen an der Giftgas-Produktion in Syrien.

Tina Hüttl und Jenny Roth erzählten auf der Tagung, dass sie am Ende der Podcast-Produktion nicht einfach zur Tagesordnung übergehen konnten: „Aus Reportern wurden Helfer. Die Gruppe sammelte Spenden und kümmerte sich um die betroffenen Familien.“

Überall abrufbar

Marc Krüger ist bei t-online für Audioformate zuständig. Der frühere SWR-Radiomann ist der Überzeugung, dass gerade im



Marc Krüger produziert Podcasts für t-online.de.

Netz Dinge zum Hören gut funktionieren. Denn: Podcasts sind jederzeit und überall abrufbar. Noch besteht Krügers Themenspektrum aus Nachrichten und Kolumnen. Samstags gibt es einen analytischen Wochenrückblick. Mittlerweile sei man aber auf dem Weg hin zur Entwicklung eigener Formate.

Viel Zeit zum Selbermachen

Auch in diesem Jahr nahmen Workshops, in denen es ums Ausprobieren und Selbermachen geht, großen Raum bei den Radiotagen ein. So wurde ein „Rezeptbuch für Redaktionen“ erarbeitet, wie mit der größer gewordenen Gereiztheit von Teilen des Publikums im redaktionellen Alltag umzugehen ist. „Transparenz ist die neue Objektivität“ lautet eine der zentralen Thesen dieses Papiers. Mehr Themensetzung statt Reaktion auf Politik eine andere. Dazu gehört aber auch eine zureichende personelle Ausstattung der Redaktionen und Etats, die es ermöglichen, dass Mehrarbeit auch bezahlt wird.


Eine andere Gruppe bastelte „Audioskills“ für virtuelle Sprachassistenten wie Alexa oder Echo, damit Radiosender auch in dieser neuen Welt des Hörens präsent sein können und ihr Publikum finden.

Podcast gegen das Wegschauen

Tina Hüttl und Jenny Roth haben für die Volontäre der Berliner Axel-Springer-Akademie das Podcast-Projekt „Alyom – Syriens Kinder, das Giftgas und wir“ betreut. Nach einem Giftgasangriff des Diktators Assad auf die syrische Kleinstadt Chan Scheichun geht die Nachricht um die Welt – wird aber schnell wieder vergessen. Doch die Berliner Jungjournalisten wollten nicht wegschauen, wenn Menschen vergast werden.

Sie fanden den 12-jährigen Yusuff, der bei dem Giftgas-Anschlag seinen Vater und 28 Angehörige verlor. Alyom ist arabisch für „der Tag“ und meint jenen 4. April, an dem Yusuffs halbe Familie getötet wird. Anhand der Geschichte eines einzelnen Jungen wird das Schicksal der Kinder Syriens beleuchtet.

Die Journalisten erklären, warum uns das alle etwas angeht. Denn es geht auch um die Rolle Deutschlands, unsere historische Verantwortung und die indirekte Be-

Eine dritte Gruppe beschäftigte sich mit Podcasts und entwickelte am Beispiel des 30. Jahrestages der Maueröffnung im kommenden Jahr Programmideen, von denen sicher einige umgesetzt und 2019 bei den verschiedenen Sendern zu hören sein werden. 

Michael Schröder

Mehr zur Tagung im Netz:

www.radiotage.wasmitmedien.de
Twitter: #tura18



Weitere Linktipps:

http://www.spiegel.de/thema/stimmenfang_podcast/
<http://webvideoblog.de/stimmenfang-spiegel-online-podcast-sandra-sperber/>
<http://www.alyom.de/>
<http://www.br.de/radio/b5-aktuell/sendungen/medienmagazin/index.html>
https://www.deutschlandfunk.de/tutzinger-radiotage-rezepte-fuer-die-radio-zukunft.2907.de.html?dram:article_id=428000
<https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-toene-texte-bilder-interviews/audio-herausfordernde-zeiten-fuers-radio-100.html>

Medienmetropole Hamburg

In Hamburg sind nach Berlin die meisten Medienschaffenden in Deutschland tätig. So bot unsere Studienfahrt* in die norddeutsche Medienmetropole einen praxisnahen Einblick in die Arbeits- und Produktionsbedingungen der Medienbranche und die Möglichkeiten medialer Kommunikation im 21. Jahrhundert.

EIN FLAGGSCHIFF der Hamburger Medienszene ist seit seiner Gründung 1947 DER SPIEGEL. Seit 1994 gibt es auch die Online-Ausgabe, die hinter BILD.de Marktführer der Nachrichtenportale in Deutschland ist. Birger Menke ist Geschäftsführender Redakteur und seit 2009 in der Online-Redaktion. Er sagt: „Die Geschwindigkeit spielt beim Nachrichtengeschäft im Internet eine große Rolle, aber nicht die entscheidende.“ Wichtig sei nicht nur, dass man schnell ist, sondern auch, dass die Fakten stimmen. Deshalb gelte das Vier-Augen-Prinzip vor einer Veröffentlichung und die Absicherung über eine zweite Quelle. Allerdings: „Bei Themen, die wir exklusiv haben, fragen wir nicht vorher die Konkurrenz, ob die Nachricht wahr ist.“

Klickzahlen sind die Quote

Die Online-Ausgabe kennt keinen Redaktionschluss. Deshalb ist die Redaktion auch an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr besetzt. Im Schnitt alle drei Stunden wechselt der Seitenaufmacher. Menke gibt zu, dass die Klickzahlen im Netz durchaus Einfluss haben auf Stil, Aufmachung und Inhalt der Geschichten. Die Redaktion unterliegt anders als die Printkollegen einer Quotenmessung durch das Publikum. Und deswegen gibt es auch erhebliche Unterschiede zwischen der gedruckten Ausgabe und der im Netz. Mittlerweile sei das Image der Onliner besser geworden, auch wenn die Gehaltstarife immer noch differieren. „Aber inzwischen arbeiten wir nicht mehr auf der anderen Straßenseite, sondern seit 2011 unter einem Dach im neuen Haus in der Hafencity“, sagt Menke.



DER SPIEGEL hat seinen Sitz seit 2011 im Hochhaus in der Hamburger Hafencity.

© Schröder (APB)

In ihrem angestammten Pressehaus in der Hamburger Innenstadt residiert dagegen DIE ZEIT. Und überall auf den Fluren weht immer noch der Geist von Helmut Schmidt: Das Haus ist nach ihm benannt, im Foyer steht die Bronzebüste mit der obligatorischen Zigarette und auf den Schreibtischen liegt die Ausgabe zum 100. Geburtstag im Dezember. Knapp eine halbe Million verkaufte Auflage mit steigender Tendenz – darin unterscheidet sich das Wochenblatt deutlich von täglich gedruckten Qualitätsmedien. Rudolf Novotny ist stellvertretender Leiter des Bildungsressorts „Chancen“ und führt diesen Erfolg auf das zunehmende Bedürfnis des Publikums nach Hintergrund, Analyse und Orientierung in einer komplizierter werdenden Welt zurück. Daneben liefere man höchste journalistische Qualität: „Zu uns wollen viele. Wir nehmen nur die Besten“, sagt Novotny. Zu dieser Qualität führen auch die mehrfachen Korrekturschleifen („Zehn-Augen-Prinzip“), bevor ein Artikel erscheint. Trotzdem passieren Fehler: So beim Leitartikel auf Seite 1 am 11. Oktober zur bevorstehenden bayerischen Landtagswahl: Da wird die Zahl möglicher Fraktionen falsch zusammengezählt. Novotny



Auch in Bronze immer mit Zigarette: Altkanzler Helmut Schmidt im Foyer des ZEIT-Gebäudes

* In Kooperation mit der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen

schätzt an seinem Blatt besonders die große Bandbreite an Meinungen und die Diskussionsfreude, mit der sie ausgetragen werden.

Pannen trotz Planung

Seit Weihnachten 1952 kommt die Tagesschau aus Hamburg – zunächst keineswegs täglich, mittlerweile aber fast stündlich und online ohnehin rund um die Uhr. Die Hauptausgabe um 20 Uhr ist mit rund zehn Millionen Zuschauern täglich immer noch die meistgesehene Nachrichtensendung im deutschen Fernsehen. Dieter Westhoff ist Redakteur bei ARD-aktuell. Er sagt: „Wir zeigen die Welt, wie sie ist.“ Ein hehrer Anspruch, wenn man bedenkt, dass täglich Hunderte von Nachrichten in die Redaktion kommen.



Umschlagplatz für Nachrichten aus aller Welt: der Newsroom der Tagesschau

Zu den etablierten Quellen der globalen Nachrichtenagenturen und den eigenen Korrespondentenberichten sind in den letzten Jahren die sozialen Medien gekommen. Alles muss gesichtet, verifiziert, ausgewählt und bearbeitet werden – oft unter enormem Zeitdruck. Denn es passieren eben täglich mehr wichtige Dinge, als in die knapp 15 Minuten der Hauptausgabe passen. Da überrascht die professionelle Ruhe, mit der an den Bildschirmen im Newsroom gearbeitet wird. Aber bei aller Routine und Erfahrung passieren auch Pannen, die einen wohlüberlegten Sendeablauf durcheinanderbringen. So am 25. September, als der als Aufmacher geplante Bericht aus Berlin über die Abwahl Volker Kauders um 19.59 Uhr immer noch nicht fertig war. Da entschied der Chef vom Dienst kurzerhand die Pressekonferenz der deutschen Bischöfe zum Missbrauchsskandal an den Anfang zu stellen – entgegen den Regeln vom Nachrichtenwert und anders als die Konkurrenz vom ZDF.

Soziale Medien mit geringer Relevanz

Auch die Medienforschung hat seit 1950 in Hamburg eine gute Adresse: das Hans-Bredow-Institut an der Universität Hamburg. Sascha Hölig forscht dort u. a. über Nachrichtennutzung in digitalen Medienumgebungen und kommt zu folgenden Ergebnissen: Die Be-

richterstattung über die Relevanz von sozialen Medien ist deutlich größer als ihre tatsächliche Bedeutung. Interessierte Onliner ergänzen ihre Nachrichtennutzung mit sozialen Medien, Nicht-Interessierte reduzieren sie darauf. Soziale Medien werden nicht genutzt, um sich über das Weltgeschehen zu informieren. Sie erfüllen primär andere Funktionen. Hölig sagt: „Der oft gehörte Allgemeinplatz: ‚Menschen von heute informieren sich nur noch über Facebook und Twitter‘ ist Unfug!“


Das Nachrichteninteresse und die Nutzungshäufigkeit sind auf vergleichsweise hohem Niveau stabil. Das Fernsehen ist immer noch die am weitesten verbreitete und wichtigste Quelle für Nachrichten. Und immerhin noch jeder zweite erwachsene Onliner in Deutschland vertraut dem Großteil der Nachrichten. Der direkte Zugriff auf die Webseite bzw. die App eines Nachrichtenangebots ist in allen Altersgruppen der am weitesten verbreitete und der am häufigsten genutzte Zugangsweg – und nicht der Weg über soziale Medien. Der Großteil der Onliner beteiligt sich nicht aktiv an der Nachrichtenberichterstattung im Internet. Das Problem: Besonders aktiv sind Nutzer, die sich selbst dem äußeren linken oder rechten Spektrum zuordnen und Onliner, die den Nachrichten nicht vertrauen. Und gerade die treten im Netz besonders laut auf und verzerren so das Bild von Mehrheit und Minderheit.

Lessing 2.0

Hamburg ist nicht nur Medien-, sondern auch Theaterstadt. Hier wurde Gotthold Ephraim Lessing 1767 Dramaturg und Berater am Nationaltheater, wo seine „Hamburgische Dramaturgie“ entstand – ein für die Zeit revolutionäres Werk getragen von den Gedanken der Aufklärung. Sabina Dhein ist auch Dramaturgin und Professorin an der Theaterakademie. Sie übersetzt Lessings Ideen in die heutige Zeit: „Theater heute ist kein historisches Museum. Es ist ein Ort der Genauigkeit des Denkens. Das ist die Verantwortung der Theaterleute von heute. Mehr noch als früher zählt die Freiheit, über den Alltag hinaus zu denken“, sagt die engagierte Theaterfrau.



Sabina Dhein ist Professorin an der Hamburger Theaterakademie.

Eine Exkursion nach Lübeck führte zu gleich drei Nobelpreisträgern: Thomas Mann, Günter Grass und Willy Brandt. Dabei konnten viele biografische Gemeinsamkeiten, aber eben auch deutliche Unterschiede dieser drei Persönlichkeiten entdeckt werden. 

Michael Schröder

Mein Smartphone, das unbekannte Wesen

Hacker in Regierungsnetzen, Kriminalität im Darknet, Abzocke beim Online-Shopping – wird das Internet zum „rechtsfreien Raum“, vor dem Politiker und Experten seit Jahren warnen? Tatsächlich wurden und werden Überwachungsgesetze ausgeweitet. Betroffen sind alle Bürgerinnen, Bürger und Berufsgruppen, weil der Staat immer mehr Bereiche unseres digitalen Handelns ausleuchten kann.



Die historische Frankenwarte oberhalb von Würzburg ist Tagungstätte unseres Kooperationspartners.

© Haas (APB)

BEI EINER GEMEINSAMEN Veranstaltung mit der Akademie Frankenwarte in Würzburg wurde debattiert, wo die Grenze zwischen Freiheit und Sicherheit im Digitalen verläuft. Unter der Leitung der Medienjournalistin Sissi Pitzer vom Bayerischen Rundfunk diskutierten der SPD-Bundestagsabgeordnete Uli Grötsch, Mitglied des Innenausschusses und des Parlamentarischen Kontrollgremiums; Generalstaatsanwalt Thomas Janovsky, Leiter der Zentralstelle Cybercrime Bayern; die Informatikerin Doris Aschenbrenner von der TU Delft und netzpolitische Sprecherin der BayernSPD; und Daniel Moßbrucker, Referent für Informationsfreiheit im Internet bei Reporter ohne Grenzen.

Blauäugig im Netz

Jede und jeder geht in verschiedenen Rollen ins Netz – und ist dabei privat meist nachlässiger als im Beruf. So gab Uli Grötsch zu, online lange Zeit viel zu blauäugig gewesen zu sein. Doris Aschenbrenner bezeichnete sich als Person, „die ihre Paranoia in der politischen Kommunikation nicht aufrechterhalten kann“. Investigative Journalisten wie Daniel Moßbrucker benötigen sichere Kommunikationsdienste, um Kollegen und Informanten zu schützen.



Uli Grötsch verteidigte die bestehenden Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung.

Umstrittene Vorratsdatenspeicherung

Über kaum ein Instrument ist in den vergangenen Jahren in der Politik, der Netzöffentlichkeit und der Justiz so intensiv gestritten worden wie über die Vorratsdatenspeicherung (VDS). Durch sie können Ermittler verdachtsunabhängig von den Telekommunikations-Anbietern Verbindungs- und Standortdaten abfragen. Thomas Janovsky vergleicht das mit der Kontrolle des Reisepasses oder von Fingerabdrücken in der analogen Welt und ergänzt: „Es ist die einzige Möglichkeit, online mit einer Identifizierung zu beginnen und Verbrechen aufzuklären.“

Auch wenn deren Einsatz nur mit Zustimmung der Justiz erfolgen darf, erkennt Doris Aschenbrenner „eine andauernde und damit unverhältnismäßige Kontrolle“. Was aus der VDS kommt, genügt für ein klares



Doris Aschenbrenner sieht „eine andauernde und damit unverhältnismäßige Kontrolle“ durch Vorratsdatenspeicherung.

Bild über die Tätigkeiten eines (möglicherweise zu Unrecht) Ausgespähten. Moßbrucker merkte zudem an: „Wer es ernst meint mit Kriminalität, wird sowieso nicht gefunden.“ Bei aller Kritik verteidigte Grötsch die Regelung, die während der Großen Koalitionen im Jahr 2007 und 2015 zustande kam: Die Daten bleiben in den Händen der Ermittlungsbehörden.

Daten erzählen Geschichten – nachzulesen bei Daniel Moßbrucker über die Unmengen von Daten, die er im Zuge einer Recherche produziert und hinterlassen hat. Diese Datenspuren wecken Begehrlichkeiten. Schon länger die von Werbetreibenden, inzwischen auch die der Justiz, und womöglich auch bald die gesamtstaatlichen. Uli Grötsch hat die Auswirkungen bereits selbst analysiert, als er die neue Überwachungstechnik am Berliner Bahnhof Südkreuz betrachten durfte: Da könne bereits eine längere Pause, Innehalten, Stehenbleiben oder einfaches Herumlungern verdächtig werden. „Ich will nicht, dass eine Software bewertet, ob ich mich richtig verhalte oder nicht“, meinte Grötsch.



Daniel Moßbrucker: „Es ist unmöglich, das Internet zu nutzen, ohne Daten zu produzieren.“

Die Frage, die sich daran anschließt: Wirkt bereits Überwachbarkeit? Verändert sie unser aller Verhalten im Netz und am Smartphone? Natürlich, meinte Aschenbrenner: „Ich muss immer das Gefühl haben, dass mir jemand über die Schulter schaut.“ Moßbrucker ergänzte: „Der Rechtsschutz wächst eben nicht mit der Größe der

Datenbanken.“ Ohne diesen Rechtsschutz befindet man sich schnell in einem bedrohlichen digitalen Überwachungs-, Bespitzelungs- und Bewertungssystem wie in China.

Zwielichtige Staatstrojaner

So mancher sieht die Online-Durchsuchung als ersten Schritt in diese Richtung. Mit dem sogenannten Staatstrojaner, der Sicherheitslücken auf Smartphones ausnutzt, können Daten auf Geräten durchsucht und Gespräche überwacht werden. Generalstaatsanwalt Janovsky beschreibt es als „politische Entscheidung, ob ein Smartphone öffentlich durchsucht wird“ – sprich: das Gerät wird aufgrund eines Durchsuchungsbeschlusses beschlagnahmt – oder mit dem Staatstrojaner.



Generalstaatsanwalt Thomas Janovsky ist Leiter der Zentralstelle Cybercrime Bayern.

Für Doris Aschenbrenner ist das eine zwielichtige Software. Sie glaubt, dass in diesem (wie in vielen anderen Fällen) das Bundesver-

fassungsgericht letztlich über die Nutzung entscheiden muss, und fordert die Verantwortlichen auf, erst die Verfassungsmäßigkeit genutzter Dienste zu bedenken. Daniel Moßbrucker fasste zusammen: „Der Staatstrojaner treibt das Dilemma von Freiheit und Sicherheit auf die Spitze: Staaten nutzen Schwachstellen der Kommunikationstechnologie, die international bestehen und die sie eigentlich aufdecken müssten. Doch nicht nur Demokratien nutzen diese Schwachstellen.“ Die Spannung zwischen Freiheit und Sicherheit wird sich nie ganz auflösen lassen.

Sichere Recherchen im digitalen Zeitalter

Die Podiumsdiskussion auf der Frankenwarte war Teil eines Seminars, bei dem Daniel Moßbrucker Wege aufgezeigt hat, um auch in der digitalen Welt sensible Informationen sicher recherchieren zu können. Denn Ergebnisse zu schützen, Spuren gegebenenfalls zu verwischen oder bestenfalls gar nicht erst entstehen zu lassen – das wird für investigative Journalisten in Zeiten der Digitalisierung zunehmend schwieriger. „Es ist unmöglich, das Internet zu nutzen, ohne Daten zu produzieren“, meint Moßbrucker. „Jedes technische Gerät, das einmal am Netz war, ist prinzipiell überwachbar.“



Die Diskussionsrunde auf der Frankenwarte unter Leitung der Medienjournalistin Sissi Pitzer vom Bayerischen Rundfunk (Mitte)
© Akademie Frankenwarte / Stephanie Böhm

Sobald sich dann staatliche Behörden oder die Justiz für recherchierte Daten interessieren – und nicht „nur“ Google oder ein Privatdetektiv – kann es gefährlich werden. Wo werden bei der (digitalen) Recherche Daten hinterlassen? Was offenbaren sie über den Journalisten und seine Informanten? Wer kann (rechtlich) auf diese Daten zugreifen und wie können sich Journalistinnen und Journalisten davor schützen? Nicht nur diese Fragen hat Daniel Moßbrucker beantwortet, sondern auch die gängigsten Verfahren zur Verschlüsselung und Anonymisierung im Netz vorgestellt – von PGP über Proton Mail bis zum Tor-Browser.

Sebastian Haas

Überzeugen(d) im Netz Social Media für Abgeordnete

SOZIALE NETZWERKE sind im Wahlkampf so selbstverständlich geworden wie die Bürgersprechstunde oder der Info-Stand in der Fußgängerzone. Eine Facebook-Seite ist schnell erstellt. Schwieriger ist es, ein auf die eigene Persönlichkeit zugeschnittenes Konzept zu erarbeiten. Schließlich will man als Politikerin und Politiker authentisch und sympathisch auftreten sowie mit Themen und Argumenten punkten. Zum sechsten Mal haben wir unsere Fortbildung* veranstaltet – für Landtagsabgeordnete und solche, die es werden wollen, und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deutlich wurde: Wer das Handwerk beherrscht, muss weder brüllen noch Falsches verbreiten.

Der Journalist und BR-Moderator Richard Gutjahr bot einen engagierten Grundkurs zum Umgang mit Social Media. Denn Netzwerk ist nicht gleich Netzwerk und der richtige Umgang mit Facebook, YouTube, Instagram und Co. will gelernt sein. Gerade Politikerinnen und Politiker sollten im Netz „digitale Empathie“ beweisen, mit ihren Followern auf Augenhöhe kommunizieren und vor allem: viel erklären. Nur so gelingt es, sich authentisch zu präsentieren und im Kampf um Aufmerksamkeit mit den eigenen Botschaften durchzudringen. Zuschauen und mitleiden sei vor allem immer dann wichtig, wenn man einem neuen sozialen Netzwerk betritt: „Sie gehen in der realen Welt ja auch nicht zwischen die Unterhaltung von zwei Menschen, schreien sie an und wissen nicht, wie man sich benehmen soll“, sagte Gutjahr.

Fakten, Fake und Trolle


Als Leiter der Verifikationsabteilung des Bayerischen Rundfunks ist Stefan Primbs ein ausgewiesener Experte in Sachen Falschmeldungen und Faktencheck. Er erklärte, wie online überprüft werden kann, ob vermeintliche Fakten, Fotos oder Videos manipuliert wurden. Schließlich finden gerade in den sozialen Netzwerken die Unwahrheiten große Reichweite, regelmäßig werden Politikerinnen und Politiker Opfer von Fake News. Dabei sollten sie sich gut überlegen, wie sie auf solche reagieren sollen, denn nicht selten trägt die Widerlegung einer Falschmeldung zu ihrer Weiterverbreitung bei. Zudem mahnte Primbs an, nie etwas voreilig zu glauben. Schließlich seien auch schon diverse Accounts von Institutionen gehackt worden.



© TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

Dirk von Gehlen, Leiter Social Media/Innovation der Süddeutschen Zeitung, plädiert für eine Kultur der Gelassenheit angesichts einer immer komplexer werdenden Online- wie Offline-Welt. „Lassen Sie sich nicht provozieren!“, riet von Gehlen. Politikerinnen und Politiker sollten ihrem Publikum gegenüber nicht rechthaberisch auftreten oder mit aller Macht auf dem eigenen Standpunkt beharren, sondern Verständnis für konträre Meinungen aufbringen, zuhören und nachfragen. Das sei auch fruchtbar für den politischen Diskurs im Internet und womöglich für die gesamte demokratische Kultur.

Wie sie sich und ihre Parteien im Netz präsentieren und positionieren, diskutierten die stellvertretende Vorsitzende der BayernSPD Johanna Uekermann, der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi und Eva Lettenbauer, die Spitzenkandidatin der Grünen Jugend Bayern für die Landtagswahl – unterstützt durch den Kommunikationswissenschaftler André Haller von der Universität Bamberg. Dieser beschrieb, dass Kampagnen nur durch Unterstützung von PR-Profis und unterfüttert durch die Demoskopie erfolgreich sein können.

Mit eigenen Themen auch einmal gegen den Strom der öffentlichen Meinung (und gegebenenfalls auch der eigenen Partei) zu schwimmen, das funktioniert zumindest auf lokaler und regionaler Ebene, meint Michael Schrodi. „Es kann schließlich nicht unser aller politischer Anspruch sein, nur auf die Themen aufzuspringen, die bereits diskutiert werden“, ergänzte Eva Lettenbauer. Dass Volksparteien in der politischen (Online-)Kommunikation eher benachteiligt sind, meinte Johanna Uekermann – denn von ihnen kommen „eher Sowohl-als-auch-Statements als klare Positionen“. Einig waren sich alle: Ohne überzeugende eigene Inhalte gibt es auch keinen Erfolg in den Social Media. 

Nicolai Harnisch
Markus Kaiser
Sebastian Haas

* „Überzeugen(d) im Netz - Abgeordnete und Social Media“ ist eine gemeinsame Veranstaltungsreihe unserer Akademie, dem MedienCampus Bayern und der Professur für Praktischen Journalismus der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm. Zielgruppe sind aktive Politikerinnen und Politiker sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - von der Kommunalpolitik über den Bayerischen Landtag bis zur europäischen Bühne.

Soziale Ungleichheit und Wirtschaftswachstum

Fragen zu Ungleichheit und Armut stoßen jüngst verstärkt auf das Interesse einiger Wirtschaftswissenschaftler. Die Ökonomen Thomas Piketty, Anthony Atkinson, Angus Deaton und Joseph Stiglitz analysierten die Auswirkungen von Verteilungsfragen auf Wohlstand und Unterentwicklung. Ihre Thesen: Die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen hat zugenommen. Das ist nicht nur schädlich für den sozialen Zusammenhalt, sondern behindert auch das Wirtschaftswachstum.

TILL VAN TREECK (Universität Duisburg-Essen) bestätigte dies. Verschiebungen in der Einkommensverteilung hätten zur Entstehung von nicht nachhaltigen Wirtschaftsmodellen in verschiedenen Ländern beigetragen. Die Verschärfung der Ungleichheit und ihre gesellschaftlichen Wirkungen seien jedoch länderspezifisch. Während in den USA im Laufe der letzten Jahrzehnte stark steigende Spitzeneinkommen zu beobachten seien, habe die Einkommensspreizung insgesamt weit weniger dramatisch zugenommen. Die Unternehmensgewinne seien stark gestiegen. Sie seien jedoch nicht an die Arbeitnehmer weitergegeben worden. Deren kaum erhöhte Einkommen hätten sich ungünstig auf die Wirtschaftsentwicklung ausgewirkt.

Differenzierter Blick

Judith Niehues (Institut der Deutschen Wirtschaft) widersprach jedoch der zunehmend populären These, dass es einen negativen Zusammenhang zwischen der Zunahme der Ungleichheit und der Höhe des Wirtschaftswachstums gäbe. Die in den letzten Jahren vielfach zitierten Studien des IWF und der OECD müssten differenzierter interpretiert werden. In ihren eigenen Untersuchungen zeige sich, dass insbesondere bei höher entwickelten Ländern die wachsende Ungleichheit das Wirtschaftswachstum nicht zwangsläufig negativ beeinflusse. Im Falle



© TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

Deutschlands lägen ohnehin die Schwellenwerte für Ungleichheit unterhalb jener Grenze, bei der wachstumshemmende Effekte zu erwarten wären. Für das Wirtschaftswachstum ebenso wichtig wären stabile Institutionen sowie eine glaubwürdige und als gerecht empfundene Sozialpolitik.

Führt wachsende Ungleichheit zur politischen Instabilität oder sogar zu Revolutionen und in der Folge zum wirtschaftlichen Niedergang? Dies sei – so Niehues – von den Gerechtigkeitsvorstellungen der Bevölkerung der jeweiligen Länder abhängig. Der Wirtschaftshistoriker Harold James (Princeton University) verwies darauf, dass alle großen Revolutionen wie die in England von 1640, die in Frankreich von 1789 und die Oktoberrevolution in Russland von 1917 weniger mit der Zunahme der materiellen Ungleichheit als vielmehr mit verweigeren Aufstiegschancen zusammenhängen würden.



Judith Niehues: Kein negativer Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wirtschaftswachstum

Gescheiterte Utopie

Piotr Pysz (Hochschule für Finanzen und Management Bialystok) sieht den Marxismus als gescheitert an: „Die Utopie einer klassenlosen Gesellschaft hat sich in der Realität des Sozialismus nach 1917 bzw. 1945 als große Enttäuschung erwiesen.“ Aber auch die neuen liberalen Revolutionen von 1989 und

1990 hätten Frustrationen hervorgebracht. Die Erwartungen von Wohlstandsteigerungen durch ein „Wirtschaftswunder“ seien nur für einen Teil der Bevölkerung in Erfüllung gegangen. Vor diesem Hintergrund müsse man auch die antiliberalen und europafeindlichen Strömungen in diesen Ländern verstehen.



Piotr Pysz: Enttäuschungen nach den Revolutionen in Mitteleuropa

Drei Säulen des Sozialen

Für Peter Hampe (TU Dresden) ist die „Soziale Marktwirtschaft“ das erfolgreiche Gegenmodell zum Sozialismus und zur reinen Marktwirtschaft, obwohl deren Konzeption und konkrete Ausgestaltung immer wieder umstritten war und immer noch ist. Das deutsche Wirtschaftssystem beruhe im Kern auf drei Säulen: den sozialen Effekten der Marktwirtschaft selbst, den stetig anwachsenden Sozialleistungen und den sozialen Zielen der Wirtschaftspolitik. Dennoch hielten etwa 45 Prozent der Bevölkerung die gegenwärtige Wirtschaftsordnung für nicht ausreichend sozial. Dies sei auch dadurch zu erklären, dass nach der Wiedervereinigung sich die Einkommenssituation der meisten Deutschen im Gegensatz zu den Spitzenverdienern nicht verbessert habe. Erst in den letzten Jahren stiegen die Reallöhne wieder. Insgesamt müsse die Sozialpolitik nachhaltiger, zielgerechter und effizienter werden.

Zunehmend habe, so Andreas Peichl vom ifo-Institut, das Thema soziale Ungleichheit eine bedeutende Rolle im medialen Diskurs in Deutschland eingenommen. Die deutsche Bevölkerung schätze jedoch das Ausmaß der Ungleichheit dramatischer ein, als es die Forschungsergebnisse zeigen. Zwar habe die Einkommensungleichheit zuletzt zugenommen, doch im internationalen Vergleich stehe Deutschland gut dar. Dies sei besonders auch auf die Umverteilung durch den Sozialstaat zurückzuführen, der in Deutschland mehr zum Abbau von Ungleichheit beitragen würde als in anderen Ländern. Peichl empfahl zur Bekämpfung von Ungleichheit Reformen im Steuer- und

Transfersystem. So soll vor allem die Grenzbelastung für Haushalte mit niedrigen Einkommen vermindert werden. Zudem sollten Anreize zum Vermögensaufbau geschaffen und mehr Investitionen in frühkindliche Bildung getätigt werden, um Chancengerechtigkeit für alle zu gewährleisten.



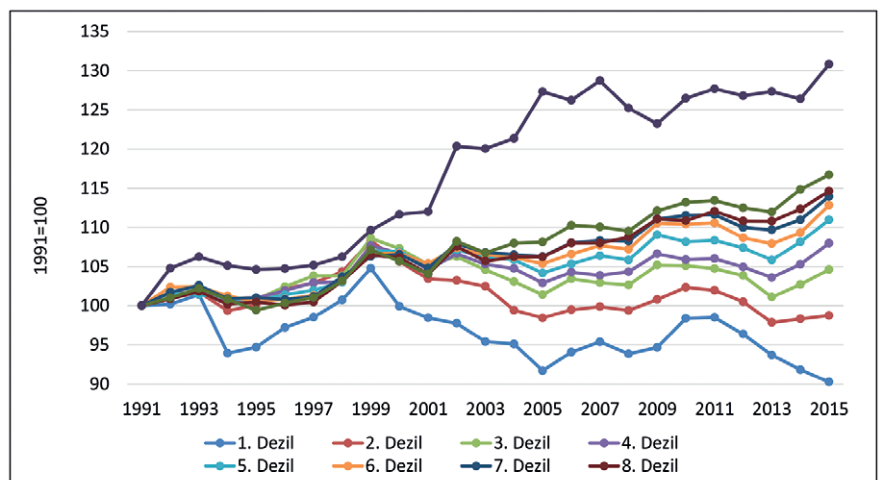
Andreas Peichl: „Schätzungen der Ungleichheit sind größer als die Wirklichkeit.“

Georg Cremer, ehemaliger Geschäftsführer des Deutschen Caritas Verbandes, kritisierte die in Verruf geratene Grundsicherung in Deutschland. Dies würde dringend gebotene Reformansätze blockieren, die vor allem armen Menschen und Erwerbstätigen am unteren Rand der Mitte zu Gute kämen. Er forderte mehr Fairness für Familien im Niedrigeinkommensbereich und eine zielgenauere Bekämpfung der Altersarmut.

Positive Rolle der Mindestlöhne

Holger Bonin vom Institut zur Zukunft der Arbeit stellte fest, dass der deutsche Arbeitsmarkt Rekordergebnisse aufweise und der Trend zu mehr Ungleichheit in der Lohnverteilung seit 2011 gebrochen scheint. Dabei könnten nicht nur die allgemeine Zunahme der Beschäftigung, sondern auch die Mindestlöhne eine positive Rolle gespielt haben. Beschäftigungsverluste durch Mindestlöhne seien nicht zu beobachten. Zudem

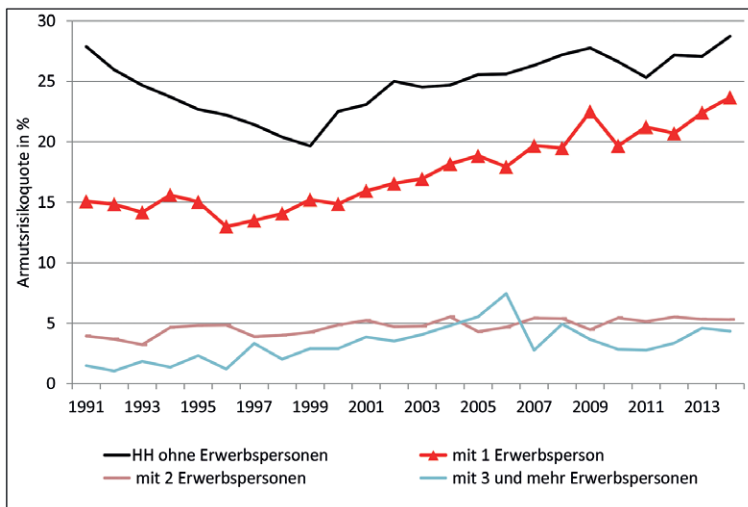
Haushaltsnettoeinkommen nach Dezilen, 1991 = 100



Ø Veränderung 1991/2015: +14.5%
 Ø Veränderung des realen BIP 1992/2016: +27,4%

© SOEPv33 / DIW

Armutsrisiko nach Zahl der Erwerbspersonen im Haushalt



© SOEPv33 / DIW

könne ein Lohnanstieg auch oberhalb der Mindestlohnschwelle beobachtet werden. Nicht klar bestimmbar ist, ob die Hartz-Reformen einen nennenswerten Beitrag zur positiven Beschäftigungsentwicklung geleistet hätten. Die Politik solle vor allem jene Faktoren unterstützen, die zu einer besseren Einkommensentwicklung und -verteilung beitragen: Förderung der Bildung im weitesten Sinne, vor allem für die „Bildungsarmen“ und der Abbau strukturell bedingter ungleicher Verwirklichungschancen und -risiken.

Schwächung der Arbeitsanreize

Bonin diskutierte auch die Realisierungschancen und Wirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens. Zu dessen Vorteilen zähle, dass die soziale Sicherung vor dem Hintergrund der Automatisierung gewährleistet sei. Zudem würde die Stigmatisierung von Empfängern von Sozialleistungen vermieden. Zweifel äußerte er hinsichtlich der Finanzierbarkeit vor allem in der Übergangsphase. Außerdem würde das bedingungslose Grundeinkommen ein sehr ineffizientes Instrument zum Abbau von Ungleichheit und Armutsrisiken darstellen, da es weit weniger die individuelle Bedürftigkeit berücksichtige. Auch könne eine Schwächung der Arbeitsanreize die Folge sein.



Richard Frensch stellte die zentralen Thesen von Thomas Piketty vor.

© Haas / Harnisch (APB)

Richard Frensch (Universität Regensburg) stellte die zentralen Thesen von Thomas Pi-

ketty vor. Die aufwendig recherchierten und aufbereiteten Daten zeigten langfristige, d. h. über mehr als ein Jahrhundert zu beobachtende Trends zu einer stärkeren Vermögenskonzentration. Sie sei jedoch im 20. Jahrhundert ab dem Ersten Weltkrieg bis Ende der 1970-er Jahre recht dramatisch unterbrochen worden, hätte dann aber wieder stark zugenommen. Dennoch sei die Vermögenskonzentration heute weitaus geringer als vor hundert Jahren. Generell sei Vermögenskonzentration immer noch höher als die Konzentration von Arbeitseinkommen. Piketty empfiehlt eine Vermögenssteuer und höhere Erbschaftsteuer, um gesellschaftspolitisch gefährlichen Trends entgegenzuwirken.

Werner Patzelt (TU Dresden) und Heinz Jürgen Axt (ehem. Universität Duisburg-Essen) versuchten den weltweit zunehmenden Populismus zu erklären und ob er mit der sozialen Ungleichheit in Verbindung gebracht werden könne. Patzelt wies darauf hin, dass Populismus immer in Repräsentationslücken der Demokratie hineinstoße. Bestimmte Interessen, reale oder vermeintliche Problemlagen würden nicht mehr adäquat angesprochen bzw. propagierte Problemlösungen nicht mehr geglaubt. Durch starke, teilweise zugespitzte Vereinfachungen gelänge es den Populisten, Teile der Bevölkerung anzusprechen. Soziale Ungleichheit spiele dabei keine zentrale Rolle. Es seien eher Fragen der kulturellen Identität und Einstellung, die Populismus befördern. Das erkläre auch die besondere Rolle der Flüchtlingsproblematik.

Axt machte deutlich, dass der Rechtspopulismus vor allem durch anti-europäische Stimmungen und die Zuwanderungsfrage gespeist werde. In den südeuropäischen Krisenländern (Spanien, Italien und Griechenland) sei der Linkspopulismus aber auch deshalb stark geworden, weil die schlechte ökonomische Lage die Politik der traditionellen Parteien in Frage gestellt habe. Offene und latente Ängste, bei der Globalisierung zu den Verlierern zu gehören, würden den Populismus fördern. So seien Arbeiter und die untere Mittelschicht in allen Ländern populistischen Strömungen zugeneigt. Am besten bekämpfe man den Populismus, indem man überzeugende politische Konzepte für die Zukunft entwickeln und entsprechend glaubwürdig vertreten würde.

Nikolai Harnisch
Wolfgang Quaisser

Linktipp

Ein Teil der Vorträge wurde im ifo Schnelldienst am 9. August 2018 (Nr. 15/2018) veröffentlicht.
Online unter: <https://www.cesifo-group.de/DocDL/sd-2018-15-2018-08-09.pdf> (zuletzt geprüft am 30. Oktober 2018)

Hatte Marx doch recht? Soziale Ungleichheit in Deutschland und Europa

2018 jährte sich der Geburtstag von Karl Marx zum 200. Mal. Ein Anlass, die ursprünglichen Inhalte seiner Lehre aufzuspüren und nach ihrer heutigen Relevanz zu fragen. Deswegen waren auch die aktuellen Probleme der sozialen Ungleichheit in Deutschland und Europa ein Thema der Tagung*.

FÜR FRITZ REHEIS (Universität Bamberg) ist Marx aktueller denn je: „Mit dem Handel im Internet werden Kaufentscheidungen immer vorhersehbarer. Wir sind das Kapital. Die systematische Vermehrung von Geld findet im Netz konsequenter statt als je zuvor.“ Marx habe damals genau die richtigen Fragen gestellt: „Arbeit ist seine zentrale Kategorie. Und wer Arbeit verwehrt, verwehrt das existentielle Minimum.“ Dies

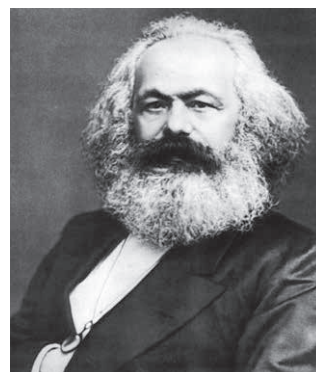


Fritz Reheis: „Der Kapitalismus ist nicht das letzte Wort der Geschichte.“

sei auch heute wieder ein zentrales Problem angesichts von Niedriglöhnen, Arbeitslosigkeit und HartzIV-Gesetzen. Reheis kritisierte die aktuelle „Verbetriebswirtschaftlichung des Lebens“: „Nützlichkeit ist heute das entscheidende Kriterium. Wer nicht nützlich ist, scheidet aus.“ Reheis nannte es „Nützlichkeitsrassismus“.

Am Beispiel Umwelt machte er die prophetische Gabe von Marx deutlich und kennzeichnete ihn als „frühen Ökologen“: „Nach Marx hat jede Generation die Natur zur Nutzung von ihren Vorgängern überlassen bekommen und hat sie an die Nachfolgeneration in verbessertem Zustand weiterzugeben.“ Was Marx sich zu seiner Zeit allerdings noch nicht vorstellen konnte, waren die Kolonisierung der Lebenswelt, die Digitalisierung und die destruktiven Kräfte der Finanzindustrie. Die heutigen Staaten seien hoffnungslos unterlegen im Kampf gegen

die Macht der Hedgefonds und Banken. Allerdings helfe Marx uns auch nicht weiter bei der Frage, wie wir aus dem ganzen Schlamm wieder rauskommen. Was kommt danach? Wo Marx allerdings nach Meinung von Reheis recht hat, ist der Glaube an die Vernunft und seine Kritik an der Ausbeutung. Er ist überzeugt: „Der Kapitalismus ist nicht das letzte Wort der Geschichte. Aber wir müssen selbst überlegen, wie das nächste und übernächste Wort lauten.“



Karl Marx (1818 bis 1883) verfasste 1848 das Kommunistische Manifest.

© John Mayall CCO

Monokausale Theorie

Der frühere Akademiedozent Peter Hampe versuchte dagegen, eine Kritik an Marx zu formulieren. Marx habe zwar in dreifacher Hinsicht zur ökonomischen Theorie beigetragen: mit der Entwicklung einer makroökonomischen Kreislauftheorie; zweitens habe er der Wachstumstheorie durch seine Analyse der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals wichtige Anregungen gegeben, und drittens durch sein Bild des „reinen“ Kapitalismus eine moderne Modelltheorie entwickelt. Bereits im Kommunistischen Manifest von 1848 habe Marx die Globalisierung voraus gesehen. Hampe kritisierte aber, dass Marx das Privateigentum als Quelle allen Übels betrachtet und so nur eine einseitig-monokausale Theorie liefere.

Markus M. Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin konnte mit neuesten Daten aus dem sozioökonomischen Panel (SOEP) zur sozialen Ungleichheit in Deutschland aufwarten.



Markus M. Grabka: „Knapp 17 Prozent der privaten Haushalte sind vom Armutsrisiko betroffen.“

© Schröder (APB)

* Tagung in der Franken-Akademie Schloss Schney in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) und der Europäischen Akademie Bayern

So habe es in den letzten 15 Jahren kaum eine Steigerung der Bruttolöhne gegeben. Aber die Ungleichheit der Bruttostundenlöhne sei leicht rückläufig. Ebenso konnte die Ungleichheit der Bruttomonatslöhne gestoppt werden.

Armutsrisiko steigt

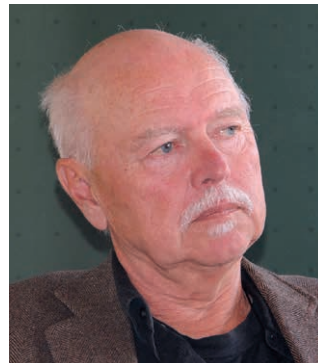
Bei den Haushaltsnettoeinkommen gehe die Schere zwischen den niedrigsten und den höchsten immer weiter auseinander. Und das Armutsrisiko steigt seit 2000 signifikant an: Als arm gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Haushaltsnettoeinkommens zur Verfügung hat. 2015 lag dieser Schwellenwert bei 1.086 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt. Danach gelten knapp 17 Prozent der privaten Haushalte als vom Armutsrisiko betroffen. Besonders hoch ist dies bei Familien mit Migrationshintergrund (knapp 30 Prozent). Ebenfalls überdurchschnittlich stark betroffen sind Arbeitslose und Alleinerziehende. Eine weitere Ursache sind die steigenden Mietkosten in Großstädten: Sie liegen mittlerweile bei rund 35 Prozent des Nettoeinkommens.

Im internationalen Vergleich hätte Deutschland allerdings ein eher unterdurchschnittliches Niveau an Einkommensungleichheit, sagte der Berliner Wirtschaftsforscher.

Extreme Ungleichheit bei Vermögen

Beim individuellen Vermögen sind die Ungleichheiten stärker ausgeprägt: Ein Prozent der Erwachsenen verfügt im Durchschnitt über jeweils 817.000 Euro Privatvermögen. Am unteren Ende der Skala stehen dagegen Personen, die durchschnittlich rund 24.000 Euro Schulden haben. Die Vermögensungleichheit in

Deutschland sei eine der höchsten im Euroraum, sagte Grabka. Außerdem werde das Ausmaß noch unterschätzt, da es über die Top-Reichen kaum zuverlässige Angaben gäbe.



Michael Dauderstädt: „Migrationsanreize wegen großer sozialer Ungleichheit in Europa“

Den Vergleich mit europäischen Ländern brachte Michael Dauderstädt in die Tagung ein. Er war Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Für die EU machte er sowohl erhebliche Disparitäten zwischen den Ländern als auch eine wachsende innerstaatliche Ungleichheit aus. Diese regionalen Ungleichheiten

seien größer als die zwischen den Staaten.

Mäßige Konvergenzerfolge

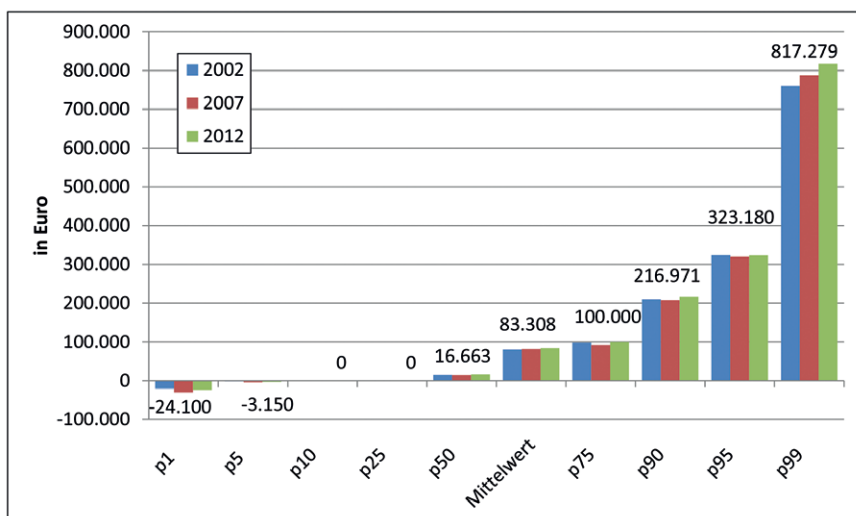
Die erfolgreichsten Aufholprozesse bei der sozialen Ungleichheit lassen sich in der Europäischen Union vor dem Beitritt der ärmeren Länder in den 1950-er und 1960-er Jahren nachweisen. Bis zum Jahr 1990 war der Konvergenzerfolg von Irland (Beitritt 1972), Griechenland (1981), Portugal und Spanien (1986) eher mäßig. Die EU-Regionalpolitik zeigte kaum messbare Erfolge.

Der stärkste Aufholprozess in der späteren EU-15 erfolgte im Zuge der Währungsunion durch die Realzinsenkungen und den Konsum- und Investitionsboom an der Peripherie. Wegen der großen Unterschiede bei Produktivität und Lohnniveau entstehen innerhalb der EU Migrationsanreize.

So verlieren Staaten mit geringen Verdienstmöglichkeiten junge Fachkräfte, die dort dringend gebraucht werden. Dauderstädt empfahl die Anhebung zu niedriger Mindestlöhne, verstärkte Bildungsanstrengungen sowie eine höhere Besteuerung von Spitzeneinkommen, Vermögen und Erbschaften. Als erfolgreiches Beispiel nannte er Irland, dem es durch extrem niedrige Besteuerung von Firmengewinnen gelang, große Firmen anzusiedeln. Allerdings sieht er keine Chance für einen europaweiten Einsatz dieses Modells.

Michael Schröder

Individuelle Nettovermögen – ausgewählte Perzentile



© SOEPv29 / DIW

Zu viele Emotionen, zu wenig Inhalte

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sprach bei einer mit mehreren Kooperationspartnern durchgeführten Veranstaltung in München* über Fragen politischer Kultur und Vertrauensverluste.

DER TECHNISCHE FORTSCHRITT, die Globalisierung und die Folgen von Flucht und Migration sorgen für einen immer schnelleren Wandel und eine immer größere Vielfalt der Gesellschaft. Das mache es für Politikerinnen und Politiker zunehmend schwierig, angemessene Entscheidungen zu treffen. Das gelte für alle Politikfelder. „Ich werde vermehrt von Bürgerinnen und Bürgern angesprochen, die sagen, sie verstehen nicht mehr, was in der Politik passiert“, sagte Spahn. Um dem entgegen zu steuern, hat er folgende Ratschläge parat:

Debattenkultur verbessern

Viele politische Diskussionen spielen sich längst nicht mehr auf der inhaltlichen Ebene ab, sondern auf einer emotionalen. Und das gelte nicht für die Themen Flucht, Migration und Integration. „Dass darüber diskutiert wird, ob der Gesundheitsminister etwas zu Hartz IV sagen darf, und nicht darüber, was der Gesundheitsminister zu Hartz IV gesagt hat, das hat mit dem normalen Leben nichts mehr zu tun“, meinte Spahn. Mit der durch ihn angestoßenen Diskussion über die Organspende zeigte sich Spahn durchaus zufrieden, denn: „Es ist nur ein Eingriff in die persönliche Freiheit, sich nicht mehr mit diesem Thema auseinandersetzen zu müssen. Ob ich nun ein Organ spenden will oder nicht, liegt in der persönlichen, freien Entscheidung jedes und jeder Einzelnen.“

Vertrauen zurückgewinnen

Das bereits Erreichte kleinzureden und so das Vertrauen in die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten zu untergraben – das hat der CDU-Politiker als ein Grundübel

der Politikvermittlung ausgemacht. So empfiehlt er in Bezug auf die Europapolitik: Recht und Ordnung durchsetzen und gleichzeitig Unterstützung in alle Richtungen anbieten. Beispiele gäbe es genug: Mit einer funktionierenden europäischen Verteidigungsunion, einem effektiven Grenzschutz und Weitsicht in der Wirtschafts- und Digitalisierungspolitik könne man die Akzeptanz wieder steigern.

Die richtigen Themen finden

Dass es selbst in der Bundespolitik schwer genug ist, eine gemeinsame und überzeugende Linie zu finden, muss auch der Minister eingestehen, der mittlerweile seinen Hut in den Ring um die Nachfolge von Angela Merkel als CDU-Vorsitzende geworfen hat. In Be-



Bundesminister Jens Spahn kandidiert als Nachfolger von Angela Merkel für den CDU-Vorsitz.

© Giesecke+Devrient

zug auf die Arbeit der Großen Koalition aus Union und SPD sagt Spahn: „Uns gelingt die Balance noch nicht, in Grundsatzfragen unterscheidbar zu bleiben und dennoch gut zusammenzuarbeiten. Wir diskutieren viel, kommen aber zu wenig zu Lösungen.“ Womöglich, weil über die falschen Themen diskutiert wird? „Eine Debatte darüber, wer im Herbst 2015 was hätte anders machen sollen, hilft uns im Herbst 2018 jedenfalls nicht weiter.“

Sebastian Haas

* In Zusammenarbeit mit der Europa-Union München, der Europäischen Akademie Bayern, der Griechischen Akademie, der Jungen Europäischen Föderalisten München, des PresseClubs München und der Deutsch-Hellenischen Wirtschaftsvereinigung. Für die Gastfreundschaft bedanken wir uns bei der Giesecke+Devrient GmbH.

Grundrechte in Zeiten der Digitalisierung

Welche Folgen hat die digitale Revolution für die Freiheitsrechte? Beim 5. Forum Verfassungspolitik* stellte Hans-Jürgen Papier die zentralen Fragen: „Droht eine Erosion der Rechtsstaatlichkeit?“ Und: „Welche Bedeutung und welche Durchsetzungskraft haben die Grundrechte in Deutschland und der Europäischen Union in einer digitalen und globalisierten Gesellschaft überhaupt noch und welche können sie noch haben?“

MIT BLICK auf die Tätigkeit ausländischer Nachrichtendienste und vor allem privater und weltweit operierender Anbieter digitaler Dienste existieren ganz erhebliche und neuartige Gefährdungen für die Wirkkraft der Grundrechte. Daher würde ihre objektivrechtliche Funktion als Fundament staatlicher Schutzpflichten zunehmend an Bedeutung gewinnen. Auf jeden Fall ist dafür zu sorgen, dass Menschenwürde und Freiheitsrechte auch im digitalen Zeitalter nicht ihre verfassungsrechtliche Stellung und Geltung verlieren, so Papier.

Antworten der Politik

„Ein starker Staat ist ein Staat, der seine Aufgaben wie den Schutz der äußeren und inneren Sicherheit durch die konsequente Anwendung des geltenden Rechts erfüllt, gut qualifizierte Fachleute hat und sich im Rahmen der Verfassung bewegt“, sagte die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Durch die Digitalisierung hätten sich die Anforderungen an



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: „Sicherheit und Grundrechte berücksichtigen.“

staatliche Eingriffsbefugnisse verändert. Der demokratisch legitimierte Gesetzgeber müsse darauf Antworten geben, die die Sicherheitserfordernisse einerseits und die Grundrechte auf der anderen Seite berücksichtigen.

„In Zeiten der Disruption müssen wir wirklich aufpassen, dass uns die Rechtsstaatlichkeit nicht abhandenkommt“, so Konstantin von Notz, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion der Grünen. Die Bedrohung sei massiv.

Entgrenzte Spionage

Zwar gäbe es faszinierende Chancen, aber auch Probleme und Abgründe: etwa die Möglichkeiten der totalen Überwachung und eine völlig entgrenzte Spionage. Es ginge jetzt darum, die rechtlichen Schranken und Leitplanken zu setzen und auch die Möglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste, den notwendigen Geheimschutz, aber auch die notwendige Öffentlichkeit und Transparenz neu auszuloten.



Konstantin von Notz: „Aufpassen, dass uns Rechtsstaatlichkeit nicht abhandenkommt.“

Kampf gegen „Verdatung“

Otto Deppenheuer (Universität zu Köln) sagte, dass derzeit die Politik und insbesondere das Bundesverfassungsgericht zwar versuchten, den Kampf gegen die „Verdatung des Menschen“ aufzunehmen. In den heraufziehenden Zeiten der Digitalisierung scheine der Schutz der Persönlichkeit langfristig jedoch vollends unter die Räder der Algorithmen zu geraten – zu unerbittlich folge die Entwicklung einer logischen Stringenz des Sammelns, Anhäufens und Verarbeitens von Daten.

Lukas Knorr, Leiter der Zentralstelle Cybercrime bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg, gab einen Einblick in die Praxis der Strafverfolger im digitalen Zeitalter. Er plädierte für verständliche Gesetze und hält diesbezüglich einen Neuanfang durch den Aufbau eines digitalen Strafrechts und einer digitalen Strafprozessordnung für sinnvoll.

* In Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Papier, dem früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts



Dirk Heckmann: „Der Staat muss zum Gestalter der Digitalisierung werden.“

„Der Staat muss sich aus seiner Beobachterrolle herausheben und zum Gestalter der Digitalisierung werden“, so Dirk Heckmann (Universität Passau). Dabei würden Rechtsschutz durch Technikgestaltung und Vermittlung von Technikwissen eine zentrale Rolle spielen.

Der Vorsitzende des NYOB (European Center for Digital Rights), Maximilian Schrems, schilderte vor allem am Beispiel Facebook die Möglichkeiten der digitalen Dienstleister zum Datensammeln und -verknüpfen. Zum anderen berichtete er über prominente Gerichtsverfahren, an denen er entscheidend mitgewirkt hatte: zum Beispiel über das Safe Harbour-Abkommen und die Prozesse, die sich mit dem Umgang der Daten bei Facebook befassten.

Massive Verletzungen – wenige Klagen

Nach seiner Wahrnehmung stellen wir beim Datenschutz zwar massive Verletzungen fest; diese würden jedoch nicht zu entsprechend vielen Klagen führen. In der Regel seien sie so klein, dass sich eine Klage nicht auszahlen würde. Er zeigte Wege auf, die Klagen zu „kollektivieren“.

Eine Podiumsrunde befasste sich mit dem Thema der politischen Folgerungen. Arndt Bode, Präsident der Bayerischen Forschungstiftung und Vizepräsident

der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, sagte, dass die Technikentwicklung und die darauf aufbauenden Geschäftsmodelle mittlerweile auch zu politischer Macht geführt hätten.

Politik und Öffentlichkeit verstünden jedoch offenbar nur wenig von den Hintergründen und würden daher nicht entsprechend reagieren.


„Wir müssen mehr über Technikfolgen sprechen, mehr tun und dabei bereit sein, dafür auch mehr zu investieren“, so Bode.



Arndt Bode: „Digitale Geschäftsmodelle führen auch zu politischer Macht.“

© Haas (APB)

Nachholbedarf

Rechtsanwalt Alexander Duisberg wies auf die Bedeutung dieser Entwicklungen für die Juristen hin. In einem solchen sich extrem dynamisch ändernden Umfeld bedarf es rechtlicher Rahmenbedingungen, aber auch Begleitung der unternehmerischen Entfaltung, die gemäß Art. 12 (Berufsfreiheit) und Art. 14 GG (Eigentumsfreiheit) ebenfalls eine grundrechtliche Dimension hat. Unternehmen entwickeln sich in diesem Bereich in einer enormen Geschwindigkeit. Dabei könne man sehen, dass diese Unternehmen aus Amerika und nicht aus Deutschland kommen. Hier bestehe in Deutschland Nachholbedarf. Aus Sicht der Unternehmer gebe es ein komplexes Bündel aus Datenschutz, Datenmanagement und Sicherheit. 

Gero Kellermann

AKADEMIE INTERN

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:

Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:

Dr. Saskia Hieber

Internationale Politik

Dr. Andreas Kalina

Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer

Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz

Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaisser

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder

Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier

Organisationsreferent

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund M.A.

Persönlicher Referent der Direktorin

Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Dr. Sebastian Haas

Die dritte Gewalt in Deutschland und Europa Symposium zum 75. Geburtstag von Hans-Jürgen Papier

Aktuelle verfassungspolitische Entwicklungen analysieren und grundsätzliche Fragen aufwerfen: Dies ist das „Markenzeichen“ der Zusammenarbeit der Akademie mit dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier.* Ein Symposium als Dank für sein Engagement widmete sich einem Kernthema des freiheitlichen Verfassungsstaates – der Rechtsprechung.

„WO IMMER die Herrschaft des Rechts in Abrede gestellt wird, ist auch die zur letztverbindlichen Wahrung des Rechts berufene Justiz in Gefahr“, sagte Papiers Nachfolger Andreas Voßkuhle. Es gäbe diesbezüglich Anlass zur Besorgnis. So stellte Voßkuhle eine Relativierung der Bindungskraft des Rechts bei tagespolitisch orientierter Krisenbewältigung fest. Außerdem sieht er eine um sich greifende Diskreditierung des Rechts und der zu seiner Durchsetzung berufenen Institutionen.

„Sie haben als Staatsrechtswissenschaftler und natürlich als Präsident des Bundesverfassungsgerichts die bundesdeutsche Rechtslandschaft nachhaltig geprägt“.

ehemaliger Justizminister Winfried Bausback zu Hans-Jürgen Papier

Diesen Entwicklungen könne ein Verfassungsgericht die Stärkung der demokratischen Rückbindung (insbesondere europa-)politischer Entscheidungsprozesse



Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier (l.) im Gespräch mit seinem Nachfolger Andreas Voßkuhle

© Meyer (APB)

se entgegenhalten. Die angeblichen Nachteile des Rechts, nämlich Distanz und Abstraktion, seien tatsächlich Vorteile, so Voßkuhle. Denn abstrakte Maßstäbe und Leitlinien würden Halt geben und eine gemeinsame Verständigungs- und Entscheidungsbasis schaffen – auch dort, wo sonst verschiedene Kultur- und Interessensphären die Akzeptanz von Problemlösungen behindern.

Die Vizepräsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg, Angelika Nußberger, befasste sich mit der besonderen Bedeutung der Rechtsprechung für den Schutz der Menschenrechte. Menschenrechtsgerichte seien dazu da, „gegenzuhalten“ und sich auch – wenn nötig – gegen Mehrheiten zu stellen. Stark seien sie jedoch nur, wenn ihre Rolle als Garanten von „Fair Play“ in Politik und Gesellschaft grundsätzlich anerkannt ist.



Angelika Nußberger: „Menschenrechtsgerichte müssen gegenhalten und sich auch gegen Mehrheiten stellen.“

Gerechtigkeit und bürgerliche Freiheit

Der damalige bayerische Justizminister Winfried Bausback hob hervor, welch große Errungenschaften Rechtsstaat und die unabhängige dritte Gewalt

* Siehe den Bericht zum diesjährigen Forum Verfassungspolitik auf Seite 27.

seien. Demokratie und ein funktionierender Rechtsstaat seien nicht selbstverständlich. Täglich müsse man daran arbeiten, so Bausback. „Nur eine unabhängige Rechtsprechung und rechtsstaatliche Justiz sind Garanten für Gerechtigkeit und bürgerliche Freiheit“.



Ex-Justizminister Winfried Bausback: „Demokratie und Rechtsstaat sind nicht selbstverständlich.“

Auch Peter Küspert, der Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und des Oberlandesgerichts München, betonte das hohe Gut der Rechtsstaatlichkeit. „Sie ist aber auch ein gefährdetes Gut“, sagte er. Deutschland und Bayern könnten stolz darauf sein, dass sie starke Verfassungen und starke Institutionen haben, die diese schützen.



Peter Küspert: „Rechtsstaatlichkeit ist ein hohes, aber gefährdetes Gut.“

Doch dürften wir uns auf diesem Stolz nicht ausruhen, so Küspert. Jeder – insbesondere Politiker, Justizverwaltungen, Richterinnen und Richter, aber auch die Bürgerinnen und Bürger – sollte aufmerksam darauf achten, dass der Rechtsstaat und die Gewaltenteilung nicht beschädigt werden.

Die ehemalige Präsidentin des Bundesverwaltungsgerichts, Marion Eckertz-Höfer, ging auch auf die geforderten Qualifikationen der Richterinnen und Richter ein. So seien für die Verfahren in der Verwaltungsgerichtsbarkeit oftmals in hohem Maße naturwissenschaftliche und technische Kenntnisse

Zum Symposium fanden sich etwa hundert Gäste ein, darunter ehemalige Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts, ehemalige Bundesminister, Gerichtspräsidentinnen und -präsidenten, Richter aus verschiedenen Gerichtszweigen sowie Fachkollegen, Behördenleiter, Anwälte und Schüler des Jubilars aus der ganzen Bundesrepublik.



Marion Eckertz-Höfer ging auf die geforderten Qualifikationen der Richterinnen und Richter ein.

sowie eine besonders hohe Einarbeitungskompetenz nötig. Auch Kenntnisse von Sprachen und Europarecht gehörten dazu. Für die Verwaltungsgerichtsbarkeit sei es jedoch ein Problem, unter dieser Voraussetzung qualifizierten Nachwuchs zu finden – zumal in Anwaltskanzleien ein Vielfaches verdient werden könne.

Esprit und Berufsethos

Auch die Präsidentin der Bundesgerichtshofs Bettina Limperg sagte, dass der Justiz wegen der Gehaltsunterschiede viele gute Richterinnen und Richter verloren gehen, die lieber in Kanzleien und Unternehmen gehen. Aus verschiedenen Gründen sei die Justiz geradezu erschöpft. Vom richterlichen Esprit und Berufsethos schein durch den immensen Arbeitsdruck mittlerweile viel verloren gegangen zu sein. Ein Problem seien auch die Besoldungsunterschiede nach der Föderalismusreform. Zusätzliche Stellen, wie sie im Koalitionsvertrag vorgesehen seien, müssten endlich geschaffen werden.

EuGH und nationale Gerichte

Die Kooperation des Europäischen Gerichtshofs mit den Gerichten der Mitgliedsländer hat sich bewährt, sagte der ehemalige Präsident des Europäischen Gerichtshofs Vassilios Skouris. Die nationalen Gerichte würden Wert auf die Zusammenarbeit legen. Skouris ging auf die zentrale Rolle ein, die der EuGH im europäischen Integrationsprozess spielt. Besonders wichtig sei die Entwicklung der Grundfreiheiten der Verträge (also die Warenverkehrsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit, Personenverkehrsfreiheit und Kapitalverkehrsfreiheit) durch die Rechtsprechung. „Der derzeitige Stand der europäischen Integration ist ohne die Auslegung der Grundfreiheiten nicht denkbar“, bilanzierte er.



Vassilios Skouris: „Nationale Gerichte legen Wert auf die Kooperation mit Europa.“

Gero Kellermann

Musik macht Politik – Politik macht Musik

Wird Musik politisch instrumentalisiert oder benutzt Musik die Politik für ihre Zwecke? Das war Thema unserer Tagung zum 125-jährigen Jubiläum der Münchner Philharmoniker.

„IN ZEITEN der Umgestaltung aller Werte, wie sie die gegenwärtige ist, will Politik in einem ganz bestimmten Sinne verstanden werden“, schrieb der Generalmusikdirektor der Münchner Philharmoniker, Siegmund von Hausegger, im Juni 1933 an Thomas Mann. Hausegger forderte damit, dass sich auch die Künstler an das nationalsozialistische Regime anzupassen hätten, denn die Kunst sei „ein integrierender Bestandteil“ der nationalsozialistischen „Weltanschauung“. Wenige Wochen zuvor war am 15. April 1933 ein offener Protestbrief von Künstlern der „Richard-Wagner-Stadt München“ als Reaktion auf einen Artikel Thomas Manns über Richard Wagner veröffentlicht worden. Der Brief machte die Politische Polizei auf den Nobelpreisträger aufmerksam. Gegen ihn wurde Schutzhaft angeordnet, der sich Mann jedoch dadurch entzog, dass er und seine Familie von einer Auslandsreise nicht ins Deutsche Reich zurückkehrten.

Hitlers Favoriten

Der offene Brief wurde nicht nur von Hausegger, sondern auch von anderen Künstlern unterzeichnet, die den Münchner Philharmonikern nahestanden. Dazu zählte auch Richard Strauss, der für einige Zeit das Orchester mit betreut hatte. Ebenso wurde der Protestbrief auch von Hans Pfitzner signiert. Pfitzner war 1907/08 Dirigent des Kaim-Orchesters, wie die Münchner Philharmoniker einst hießen. 1919/20 dirigierte er das Orchester erneut, das inzwischen als Konzertverein München firmierte. Pfitzner ließ sich gerne einmal über „die international-jüdische Bewegung in der Kunst“ aus – die musikalische Moderne war ihm ein Graus. Pfitzner sollte am 2. Dezember 1944 vor seinem Freund Hans Frank, dem Generalgouverneur des zu diesem Zeitpunkt kaum mehr besetzten Polen, die „Krakauer Begrüßung“ aufführen, die er selbst komponiert hatte. Pfitzner erschien auch auf der von Hitler persönlich erstellten „Gottbegnadeten-Liste“, einer Aufstellung der für das NS-Regime unverzichtbaren „Kulturschaffenden“. Auf dieser Liste fanden sich nur drei Musiker, die aber alle irgendwie mit den Münchner Philharmonikern verbunden waren – was auch die Bedeu-



© HAAS / FISCHER (APB)

tung des Orchesters belegt. Neben Pfitzner und Richard Strauss findet sich hier Wilhelm Furtwängler, der 1906 beim Kaim-Orchester sein Debut als Komponist und Dirigent gab. Dies nur als einige wenige Beispiele, um zu zeigen, dass Macht und Musik sich im Falle der Münchner Philharmoniker nicht immer allzu fernstanden.

Architektur und NS-Staat

Ist Kunst wirklich so neutral und unpolitisch, wie sie oftmals erscheint? Aus Anlass des 125-jährigen Jubiläums der Münchner Philharmoniker kooperierte die Akademie mit dem Orchester und veranstaltete die Tagung „Musik macht Politik. Politik macht Musik. Die Partitur deutscher Geschichte“. Hierbei ging es um die Frage, in welcher Weise der Staat die Musik für politische Zwecke instrumentalisierte bzw. umgekehrt Musiker den Staat für ihre Interessen einspannten, etwa wenn es um die Subventionierung des Kulturbetriebs ging. Der Historiker Wolfram Pyta (Universität Stuttgart) betonte dabei, dass die Musik in der Weimarer Republik – anders als etwa Literatur und Malerei – keine avantgardistischen Züge trug und damit weniger Gefahr lief, sich opportunistisch den Machthabern anzubiedern. Während des Nationalsozialismus habe dann insbesondere die Architektur als politikaffine Kunst die Gunst der NS-Führung genossen.



Wolfram Pyta: „Musik in der Weimarer Republik ohne avantgardistische Züge.“

Dennoch, so der Historiker Sebastian Stauss (LMU München), sei die Machtübernahme der Nationalsozialisten für die Münchner Philharmoniker von Vorteil gewesen, da das finanziell klamme Orchester und seine Musiker als Reichsangestellte im Frühjahr 1933 in die „Obhut“ des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda von Joseph Goebbels übernommen wurden.

Der Historiker Friedemann Pestel (Universität Freiburg) ergänzte am Beispiel der Berliner Philharmoniker zur Frage von Macht und Musik, dass Orchesterreisen durchaus ein propagandistisches Ziel besaßen und Musiker nicht allein unpolitische Botschafter im Ausland waren. Dabei wirkte die gute Qualität der Berliner Philharmoniker, die seit 1927 jährlich in London auftraten, wie ein Schock in der britischen Hauptstadt und warf die Frage auf, weshalb es kein vergleichbares britisches Orchester gab. Doch verstanden die Politiker des Landes rasch, dass nur mit einem subventionierten Orchester und festangestellten, gut bezahlten Musikern ein qualitativ hochwertiges Ensemble geschaffen werden konnte. 1930 wurde deshalb das BBC Symphony Orchestra, 1932 das London Philharmonic Orchestra gegründet. Die politische Konkurrenz zu Deutschland führte damit zu erhöhten Anstrengungen im britischen Kulturbereich.

Der Intendant der Münchner Philharmoniker, Paul Müller, verwies für die aktuelle Debatte zur Frage von Macht und Musik darauf, dass vermehrt auf die Musik gehört werden sollte, nicht nur auf die Politik. Als im



2015 standen die politischen Ansichten des neuen Chefdirigenten der Münchner Philharmoniker Valery Gergiev im Mittelpunkt des Interesses.

© Russisches Präsidialbüro/CC0 3.0 / Kremlin.ru

September 2015 Valery Gergiev neuer Chefdirigent des Orchesters geworden sei, hätten sich die Medien erst einmal nur für seine politischen Ansichten in Hinblick auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin interessiert. Nur mit Mühen sei es gelungen, den Fokus wieder auf die eigentlichen musikalischen Leistungen der Münchner Philharmoniker zu richten. Der ehemalige Hörfunkdirektor des Bayerischen Rundfunks, Johannes Grotzky, pflichtete ihm bei und erklärte, dass nicht die Politik über den Wert der Kunst entscheide,


sondern das Publikum, das eine Aufführung besuche oder ihr fernbleibe. Der Soziologe Armin Nassehi (LMU München) ergänzte, dass die bürgerliche Kultur, darun-

Raum für Klänge

ter auch die klassische Musik, seit einigen Jahren aufgrund eines populistischen Anti-Elitismus unter einem erhöhten Legitimationsdruck geraten sei. Dennoch sei Musik in einer guten Position, denn Musik müsse sich – anders als etwa Literatur – ereignen, man könne sie nicht erzwingen oder über sie rasonieren.



Ko-Tagungsleiter Gunter Pretzel ordnete die Musikstücke in die Geschichte des Orchesters ein.

zentrale Stücke aus der Geschichte des Orchesters, um die Klangfarben des Kaiserreichs, der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus und der Bundesrepublik nachzuzeichnen. Ko-Tagungsleiter Gunter Pretzel von den Münchner Philharmonikern ordnete die einzelnen Stücke in die Geschichte des Orchesters ein. Ein russisches Ensemble aus Moskau spielte zudem Stücke, die von deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischen Lagern komponiert worden waren. Hieran ließ sich die Frage von Musik und Gewalt klanglich aufwerfen. Unterstützt wurde dieses Konzert vom deutsch-russischen Museum Berlin-Karlshorst. 

Michael Mayer
(siehe Presseschau Seite 39)



Ein russisches Ensemble spielte Stücke deutscher Kriegsgefangener in sowjetischen Lagern.

Gut gerüstet für den „Ausnahmezustand“? 50 Jahre Notstandsverfassung von 1968

Die bundesdeutsche Demokratie steht akut unter massivem Druck. Ihre möglichen – innen- wie außenpolitischen – Gefährdungen lassen jene Vorkehrungen wieder verstärkt ins Bewusstsein treten, die zu ihrem Schutz erdacht und eingeführt worden sind: Dazu gehören die Notstandsverfassung von 1968 sowie die unter der Verfassung stehenden Notstandsgesetze.

BEVOR DER 5. DEUTSCHE BUNDESTAG mit verfassungsändernder Mehrheit am 24. Juni 1968 die Notstandsverfassung nach langem Ringen in das Grundgesetz einfügte, hatte die umstrittene Thematik in der aufgewühlten Öffentlichkeit hohe Wellen geschlagen. Die Beratungen waren von massiven Protesten vor allem der sogenannten „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO) begleitet worden. Weit gemäßigter wurde damals die Notstandsgesetzgebung in zahlreichen Akademieveranstaltungen intensiv diskutiert.

Das Grundgesetz war 1949 ohne ein Staatsnotstandsrecht in Kraft getreten. Lediglich für innere Not-situationen sahen die Artikel 35, 37 und 91 GG einige Regelungen vor. Die 1960er-Jahre sind denn auch die eigentliche Zeit der Notstandsgesetzgebung, zunächst 1963 bis 1966 unter Bundeskanzler Ludwig Erhard mit der Koalition aus CDU/CSU und FDP, danach bis 1969 unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger mit der Großen Koalition aus Union SPD.

Die Notstandsverfassung regelt die Bereiche Katastrophennotstand, Verteidigungsnotstand sowie den inneren Notstand, einschließlich der rechtlichen Zulässigkeit eines Einsatzes der Streitkräfte im Inneren. Mit ihr werden entscheidende Notstandsbefugnisse in die Hand eines quasi-parlamentarischen Organs, des sogenannten „Gemeinsamen Ausschusses“

(„Notparlament“ ohne Notverordnungsrecht gemäß Artikel 53a GG) aus Mitgliedern von Bundestag und Bundesrat gelegt. Darüber hinaus hält das Grundgesetz weitere Normen für spezifische Notsituationen bereit (z.B. für Wirtschaftskrisen gemäß Artikel 74; Haushaltskrisen gemäß Artikel 109a, 111; politische Krisen gemäß Artikel 67, 68, 81 GG).


Mit der Einführung des Staatsnotstandsrechts soll die Handlungsfähigkeit der Regierung garantiert werden, falls der Bestand des Staates, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet sind. Die beschlossene Variante erlaubt es, die Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates auch im Notstandsfall ohne Systembruch aufrechtzuerhalten. So gilt der Staatsnotstand denn auch als der Lackmustest schlechthin für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat. Denn erst im Notstandsfall wird sich erweisen, ob sich der Rechtsstaat auch im Zustand existentieller Bedrohung behaupten und bewähren kann.

Angesichts der zunehmenden Gefahren durch internationale Krisen, terroristische Anschläge, links- und rechtsextreme Aktionen, drohende Folgen des Klimawandels, Umweltbelastungen sowie großflächige Gesundheitsgefährdungen (Pandemien etc.) tritt das Notstandsrecht wieder vermehrt in den Blickpunkt, insbesondere in sicherheitspolitischen Diskursen.



Demonstration gegen die Notstandsgesetzgebung

© Presse- und Informationsamt der Bundesregierung / Detlef Gräfinholt

Jüngstes Beispiel hierfür bot die Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2018. Es scheint wichtig und geboten, sich erneut jener Regeln zu vergewissern, die die nationalen wie internationalen Rechtsordnungen für extreme Situationen wie Krisen, Katastrophen und Kriege bereithalten. 

Steffen H. Elsner

Verfilmte Zeit

Informativ und unterhaltsam zugleich war der Blick hinter die Kulissen erfolgreicher Filmemacher beim „5. Filmgespräch am See“ im Rahmen des Sarnberger Fünf-Seen-Filmfestivals. Mit der Moderatorin Sylvia Griss vom Bayerischen Fernsehen („Capriccio“) unterhielten sich im voll besetzten Auditorium der Akademie die Regisseure Josef Bierbichler („Zwei Herren im Anzug“) und Dominik Graf (jüngst „Hanne“).

MIT DER ZEIT gehen beide Filme sehr unterschiedlich um: Hanne erfährt am Freitag beim Arzt von Problemen in ihrem Blutbild, muss jedoch bis zum Montag auf die Klärung und endgültige Diagnose warten. Dominik Graf dazu: „Es wechselt ständig ab. Zeit kann sich an diesem Wochenende unendlich dehnen, es kann aber plötzlich auch alles sehr schnell gehen. In Sekundenschnelle fährt ihr Emotionsfahrstuhl ins Tiefgeschoss.“ Der Regisseur: „Ich wollte immer schon mal einen Film machen, in dem sich 90 Minuten alles nur um eine Person dreht.“ Iris Berben spielt die Hanne.

70 Jahre auf 400 Seiten

Ganz anders „Zwei Herren im Anzug“ von Bierbichler, der auf seinem Roman „Mittelreich“ basiert: Erzählt werden 70 Jahre Familiengeschichte – drei Generationen auf 400 Seiten. „Das Buch hätte vier Stunden Film ergeben. Der Produzent winkte ab. So ein Film lässt sich nicht verkaufen“, sagte Bierbichler, der selbst im Film die Hauptrolle spielt. „Vieles fehlt im Film natürlich. Aber wir haben so runtergedampft, dass ich es ertrage.“

Darüber entspannt sich ein spannender Dialog über die Zwänge des Filmemachens und die Einflüsse von Produzenten, Verleihern und Fernsehredakteuren („Sie machen uns das Leben schwer“). Graf: „Den Vier-Stunden-Film vom Sepp hätte ich gerne gesehen.“ Er selbst kritisierte das „87-Minuten-Stahl-Korsett“ beim Fernsehen. Sein Schiller-Film über eine Ménage à trois „Geliebte Schwestern“ dauere eigentlich 173 Minuten, es gebe aber auch eine 140-Minu-




Die Regisseure Dominik Graf (links) und Josef Bierbichler waren Gäste unseres 5. Filmgesprächs am See, das von Sylvia Griss (rechts) fachkundig moderiert wurde.

© Haas (APB)

ten-Version, die der Verleih unbedingt haben wollte. „Welche Version besser läuft, interessiert mich nicht. Länge darf auch Länge haben. Und Zeit kann eine Gewalt haben, die bei Kürzungen verloren geht.“ Und Bierbichler ergänzte: „Vier-Stunden-Filme sind oft die kürzesten, die man sehen kann.“

Manipulative Musik

Nicht einig waren sich die beiden Regisseure beim Thema Filmmusik: Graf setzt sie als Montagemittel ein, während Bierbichler sagt: „Musik kann einen Film endgültig erledigen. Ich will Musik im Film nur haben, wenn sie als Quelle sichtbar ist – also im Radio oder als Kapelle. Mit Musik kann unglaublich manipuliert und Gefühle untergeschoben werden.“ Reine Begleitmusik lehnt er ab.

Ein anderes Thema der Moderatorin Sylvia Griss war die Sprache im Film: Bierbichler hat viele Dialoge aus seinem Roman übernommen, andere mussten neu erfunden und geschrieben werden. Beim Drehen wird bei ihm nicht improvisiert. „Nur wenn ein Schauspieler mit einem Wort oder Satz nicht zurechtkommt, lasse ich mit mir reden. Das erwarte ich als Schauspieler ja auch von anderen Regisseuren.“ Dominik Graf konnte bei seinem Schiller-Film nur zum Teil auf historische Quellen zurückgreifen: „Es gab überliefertes Material wie Briefe, aber vieles mussten wir erfinden.“ Sprache dürfe kein Rätsel, sehr wohl aber eine Herausforderung sein – besonders, wenn es um nicht-zeitgenössische Texte geht. Graf beklagte, dass es heute nur noch selten sprachliche Arbeit an Texten gebe. Hölzerne Textbausteine kämen in Drehbüchern immer häufiger vor. Der Hit sei: „Ich glaube, wir müssen mal miteinander reden.“ Bierbichler fügte hinzu: „Gute Texte machen was mit mir. Da ist es wurscht, ob Dialekt oder eine Färbung dabei ist. Moderne Drehbücher können das meist nicht – nur ganz selten.“ 

Michael Schröder
(siehe Presseschau Seite 38)

Unermüdlich kreativ

Michael Spieker verlässt die Akademie nach zehn Jahren und wird Professor in Benediktbeuern


TUTZINGER DISKURSE in mehrfacher Auflage, Studienfahrten nach Italien und Griechenland, Ökologeseminare im Nationalpark Berchtesgaden, akademische Kontakte nach China – die Liste der Aktivitäten von Michael Spieker neben seiner Tätigkeit als Dozent für Politische Theorie und Philosophie an der Akademie ist lang. Nun verlässt er nach zehn Jahren unser Haus und folgt dem Ruf als Professor für Politikwissenschaft an die Katholische Stiftungshochschule in Benediktbeuern.

So würdigte denn auch Akademiedirektorin Ursula Münch seine vielfältigen Initiativen und Ideen für neue Themen und Tagungsformate einschließlich seiner Forschungsarbeiten, Publikationen und Lehraufträge. „Mit großem Bedauern über den Weggang, aber auch



Michael Spieker hat in den letzten zehn Jahren das Profil der Akademie um neue Facetten erweitert.

© Archiv (APB)

mit Freude über den Karrieresprung“ erwähnte sie Spiekers Leistungen, die weit über das geforderte Maß hinausgingen. Nicht zuletzt hätten seine Bemühungen um die Etablierung des Tutzinger Diskurses auch für erhebliche Drittmittel vom Bund und Land gesorgt, mit denen befristete Projektstellen besetzt werden konnten. Und schließlich hat sich Spieker in den vergangenen Jahren als Vorsitzender des Personalrats für die Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingesetzt. Dafür bedanken sich die Direktorin und die Belegschaft und wünschen ihm alles Gute für die neue berufliche Aufgabe. 

Michael Schröder

Ex-Dozent ist neuer Kultusminister

DER FRÜHERE AKADEMIEDOZENT Michael Piazolo ist neuer Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus. Er besetzt damit für die Freien Wähler ein sehr wichtiges Schlüsselressort im neuen Kabinett von Ministerpräsident Markus Söder.

Der studierte Jurist und Politikwissenschaftler war von 1991 bis 2006 Dozent an unserer Akademie. Danach übernahm er zunächst eine Professur in Berlin, 2008 wurde er an die Hochschule München berufen. Seit 2008 ist er Mitglied des Landtags, seit 2010 Generalsekretär der Freien Wähler.



Michael Piazolo war von 1991 bis 2006 Dozent an unserer Akademie.

© Michael Lucan (pixeldost.com) / CC-BY-SA 3.0 de

Wir gratulieren herzlich zum neuen Amt, wünschen viel Erfolg und freuen uns auf die Zusammenarbeit auf den gemeinsam interessierenden Politikfeldern.

MS

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158 / 256-0 Fax 08158 / 256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: A.Kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Peter Molnar Blumenstraße 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.



Andreas Kalina,
Friedrich Krotz,
Matthias Rath,
Caroline Roth-Ebner (Hrsg.)

Mediatisierte Gesellschaften

Medienkommunikation und Sozialwelten im Wandel

Tutzingener Studien zur Politik, Band 12

Nomos, Baden-Baden 2018

ISBN-13: 978-3-8487-5005-4, 253 Seiten,
49,00 Euro

Medien

Mediatisierte Gesellschaften

Medienkommunikation und Sozialwelten im Wandel

DIE ZUNEHMENDE Bedeutung der Medien, der digitalen Kommunikation und der globalen Vernetzung wird öffentlich zwischen Alarmismus und Heilserwartung diskutiert. Der Band bietet demgegenüber auf Basis der Mediatisierungstheorie eine kritische Bestandsaufnahme des medialen und sozialen Wandels in mediatisierten Gesellschaften.

Die Herausgeber:

Dr. Andreas Kalina ist wissenschaftlicher Referent an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Prof. Dr. Friedrich Krotz ist emeritierter Professor für Kommunikationswissenschaften an der Universität Bremen.

Prof. Dr. Dr. Matthias Rath ist Professor für Philosophie an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg.

Assoc.-Prof. Dr. Caroline Roth-Ebner ist assoziierte Professorin für Medien- und Kommunikationswissenschaft an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.



Hans-Jürgen Papier,
Ursula Münch,
Gero Kellermann (Hrsg.)

Föderalismus

Der deutsche Bundesstaat in der Europäischen Union

Tutzingener Studien zur Politik, Band 13

Nomos, Baden-Baden 2018

ISBN-13 978-3-8487-4859-4, 135 Seiten,
29,00 Euro

Bundesstaat

Föderalismus

Der deutsche Bundesstaat in der Europäischen Union

DIE BUNDESSTAATLICHKEIT prägt Deutschland wie kein zweites Strukturprinzip und ist tief in der deutschen Geschichte verankert. Die Beiträge des Bandes diskutieren aus verschiedenen Blickwinkeln Bewährtes und Reformbedarf, nicht zuletzt vor dem Hintergrund zunehmender Kompetenzverlagerung auf die europäische Ebene.

Die Herausgeber:

Prof. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier ist Präsident des Bundesverfassungsgerichts a.D. und emeritierter Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht sowie öffentliches Sozialrecht an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Prof. Dr. Ursula Münch ist Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und Professorin für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München.

Dr. Gero Kellermann leitet das Arbeitsgebiet "Staats- und Verfassungsrecht sowie Rechtspolitik" an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.



© ANDREAS HERMSDORF / PIXELIO.DE

Straubinger Tagblatt, 26. Juli 2018

Die Mär der unvollendeten Eurozone

...DURCH DAS FLÜCHTLINGSTHEMA würden alle anderen Themen in der „Großbaustelle Europa“ an den Rand gedrängt, sagte APB-Direktorin Ursula Münch. Dabei sei die Schuldenkrise gerade einmal zehn Jahre her und habe wichtige Fragen aufgeworfen, die es zu lösen gelte.

Markus Ferber (CSU), stellvertretender Vorsitzender des Wirtschafts- und Währungsausschusses im Europäischen Parlament, und Thies Büttner, Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Finanzwissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg, sprachen in kurzen Referaten und einem abschließenden Podiumsgespräch mit Wirtschaftsjournalistin Christine Bergmann vom Bayerischen Rundfunk über das Für und Wider der europäischen Währungsunion, Rettungsschirme und das Bankensystem.

bonds fordern. Aus deren Sicht müsse zusätzlich zur gemeinsamen Währung auch eine gemeinsame europäische Finanzpolitik kommen.

Länderhoheit über Steuern ist ein Grundprinzip

Diese Einschätzung bezeichnete Büttner als „sehr problematisch“. Denn eine der zentralen Säulen der gemeinsamen Währung sei die Hoheit jedes Landes über die eigenen Steuern und Schulden. Gäbe es etwa einen Europäischen Finanzminister, der einem Land von außen Sparauflagen verordnen könnte, würde dieses Grundprinzip verletzt. Daraus müsse aber auch zwangsläufig folgen, dass auch jedes Land selbst für seine Schulden hafte und nicht von den anderen Ländern gerettet werde, sagte Büttner.

Darum müssten auch Möglichkeiten geschaffen werden, die die Insolvenz eines Staates innerhalb der Eurozone zulassen, sagte er. Außerdem müsse man das „Casino“ des Finanzsystems in den Griff bekommen. Das durch die Staatsanleihengeschäfte anfällige Bankensystem habe sich in der letzten Finanzkrise als „Brandbeschleuniger“ erwiesen. Europaabgeordneter Ferber verwies darauf, dass es nun endlich Bestrebungen gebe, dass jedes Land Regelungen zur Einlagensicherung der Banken beschließen müsse. Dies sei ein wichtiger erster Schritt zu mehr Stabilität in der Eurozone...

Andreas Kerscher
(siehe Seite 9)



Der Finanzwissenschaftler Büttner kritisierte dabei die Behauptung, die Währungsunion sei „unvollendet“. Aufgestellt werde diese Behauptung immer wieder von Politikern wie dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, wenn sie gemeinsame EU-Haushalte, einen EU-Finanzminister oder Euro-

Starnberger Merkur, 10. September 2018

Der Bierbichler, der Graf und viele gute Gedanken

EINEN GEMEINSAMEN FILM haben sie noch nicht gemacht. Josef Bierbichler, der in Ambach geborene Schauspieler, Autor und Sprecher, dem der Ruf vorausseilt, ein unzugänglicher Grantler zu sein – und der Münchner Regisseur Dominik Graf, der auf dem Fünf-Seen-Filmfestival (fsff) seinen neuen Film „Hanne“ mit Iris Berben in der Titelrolle vorstellt und in den Gesprächen bereitwillig Rede und Antwort steht...

...Natürlich wollte die Moderatorin wissen, warum die beiden noch nie zusammengearbeitet haben. Prompt kam von Bierbichler ein „Du hast mich ja nie gefragt“ an Dominik Graf gewandt, ganz ohne Vorwurf und bestens gelaunt, wie überhaupt das Gespräch sehr locker war. Dann räumte Bierbichler ein, dass er mit Krimis, die Graf gerne dreht, ja auch nicht viel anfangen kann.

Es waren sehr witzige eineinhalb Stunden, bei denen sich die beiden mit Leichtigkeit die Bälle zu den vielen Themen zuwarfen, die die Moderatorin an-

sprach. Es ging um Zeit und Film – natürlich –, aber auch um Sprache, Serienhype, Produktionsbedingungen und Produzenten, die Filmlängen vorschreiben („völliger Quatsch“ für Graf) und um Musik, die Graf als Montagemittel einsetzt. „Musik kann einen Film befördern oder endgültig erledigen“, sagte auch Bierbichler...

*Astrid Amelungse-Kurth
(siehe Seite 34)*



Gäste und Gastgeberin beim 5. Filmgespräch am See: Dominik Graf, Josef Bierbichler, Sylvia Griss, Matthias Helwig und Ursula Münch (von links nach rechts)

© Haas (APB)

Süddeutsche Zeitung, 10. September 2018

Unterhaltsame Runde

JOSEF BIERBICHLER eilt der Ruf des Unnahbaren voraus, aber das könnte nur Gerede sein. Beim Gespräch mit Dominik Graf jedenfalls über „Verfilmte Zeit“ gibt sich der Ambacher, der anfangs so ernst dreinschaut wie ein Schiffskapitän nach dem Sturm, witzig und jovial. Er sagt wunderbare Sätze wie „Vier-Stunden-Filme sind oft die kürzesten, die man sehen kann“. Er räsoniert darüber, dass der eigene Text oft klüger ist als der Autor („oh, wenn's von mir ist, Respekt!“). Fragt das Publikum im fast vollbesetzten Auditorium der Politischen Akademie Tutzing nach der Meinung oder stellt unkonventionell fest, dass Graf einen tollen Satz gesagt habe, der unterzugehen drohe: dass die Leute Ende des 18. Jahrhunderts näher am Tod lebten als die Menschen heutzutage.

Graf wiederum, der zweite Ehrengast des Festivals, ist oft erfrischend radikal. Wenn es um seine Branche geht, redet der Münchner sowieso Tacheles: dass die Leute wegen bekannter Schauspieler ins Kino gehen, dass Redakteure oder Produzenten die ideale Filmlänge festlegen – alles extrem peinlich. Graf zieht sogar den Vergleich zur Filmkunst hinter dem eisernen Vorhang. Klar, der Zensurdruck habe Regisseure einst zu Höchstleistungen angespornt. Aber „man sollte sich das nicht herbeiwünschen, wir haben es eh“. Was bei dieser Konstellation herauskommt, ist klar: ein amüsan-tes, lebendiges Gespräch mit Tiefgang, das manchmal sogar privat wirkt, etwa wenn Bierbichler ein Rollenangebot von Graf erwähnt, das er ablehnte...

*Gerhard Summer
(siehe Seite 34)*

Klassik Info, 22. September 2018

Wider die Ignoranz der Politik

„DAS ORCHESTER ist nicht teilbar“, proklamiert der Intendant der Münchner Philharmoniker Paul Müller. Ganz gleich, ob es am Abend in der Philharmonie vor 2000 Abonnenten spiele oder in kleiner Besetzung bei einem Kinderkonzert in einer Schule, es seien immer die Münchner Philharmoniker. Die Marke sei zentral. Das ist in der Kultur mittlerweile nicht anders als in der Wirtschaft. Die Marke muss gehegt und gepflegt werden. Im Fall der Münchner Philharmoniker gibt es diese Marke immerhin schon seit 125 Jahren. Und es brauche einen engen Kontakt zum (Stamm-)Publikum, sagt Müller. Auch das sei zentral für die Orchester heute.

Keine Frage, die Anforderungen an die Orchester sind vielfältiger als noch vor 15 oder 20 Jahren. Ein unstetes Publikum will gehalten und immer wieder neu interessiert werden. Der Kampf um das begrenzte Gut Aufmerksamkeit ist im Internetzeitalter noch härter geworden. Und das Kulturgut Klassik trifft nicht mehr automatisch auf ein informiertes Publikum. All das erfordert Reaktionen und Ideen. Trotzdem verzeichnen die Orchester hierzulande meist gute Auslastungen, ist das gute alte Orchesterkonzert noch immer eine überaus attraktive Freizeitgestaltung. Die jüngsten Zahlen der Deutschen Orchestervereinigung sind sehr gut. Noch nie haben so viele Menschen klassische Musik gehört wie heute.

In dieser Richtung argumentierte auch der Musikjournalist Helmut Mauró, der die Diskussion über die „Zukunft und Gegenwart der Orchester“ – im Rah-



© HAAS (APB)

men des dreitägigen Symposiums zum Thema „Musik macht Politik. Politik macht Musik“ – an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing leitete. Das Gerede vom „aussterbenden Publikum“ in der klassischen Musik sei falsch, denn „die Alten wachsen nach“. Und nicht nur die Alten, darf man ergänzen. Die vielen Kinder- und Jugendprogramme der Orchester zeigten durchaus Wirkung, wie der Pressesprecher der Münchner Philharmoniker Christian Beuke im Anschluss an die Diskussion erklärte...

Staunen durfte man über die Teilnahme des ehemaligen Hörfunkdirektors des BR Johannes Grotzky an der Runde, dessen Amtszeit in eher unrühmlicher Erinnerung ist, nachdem er 2009 mit Plänen zur Abschaffung des Münchner Rundfunkorchesters an die Öffentlichkeit gegangen war. Und so jemand soll über die Zukunft von Orchestern diskutieren? Die Schließung sei nicht seine Idee gewesen, beeilte Grotzky sich zu entschuldigen, sondern durch den enormen Spardruck durch die Politik erzwungen worden. Die Abschaffung des Orchesters habe man dann auch noch abwenden und das Orchester in verkleinerter Besetzung erhalten können. Dass der BR als Veranstalter oder Mitveranstalter so bedeutender Ereignisse wie dem ARD-Musikwettbewerb oder den Bayreuther Festspielen eine tragende Säule des Kulturlebens des Landes darstellt, wurde von Grotzky zu Recht betont. Erhellend waren Grotzkys Ausführungen über das mangelnde Verständnis von Politikern in Sachen Kultur, mit dem er während seiner Amtszeit immer wieder konfrontiert worden sei. So habe er sich beispielsweise den Vorwurf anhören müssen, der BR unterhalte ja auch keine Fußballmannschaft obwohl er Fußballspiele übertrage...

(siehe Seite 31)





Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Prof. Dr. Ursula Münch hielt anlässlich eines Symposiums des Zentrums für Digitalisierung Bayern (ZD.B) auf der Fraueninsel die Keynote zur Frage nach den Auswirkungen der Digitalisierung auf Gesellschaft und Demokratie. Dieses Thema war außerdem Gegenstand u. a. eines Vortrags vor der Dienstbesprechung der Schulleiterinnen und Schulleiter der schwäbischen Gymnasien, vor Führungskräften des LandFrauenverbandes Baden-Württemberg in Stuttgart, einer Podiumsdiskussion über „Politik in 140 Zeichen“ im Museum für Kommunikation (Frankfurt am Main) sowie eines Vortrags im Rahmen der Ringvorlesung an der Universität der Bundeswehr München. Mitten auf dem Starnberger See, aber mit zumindest festem Schiffsboden unter den Füßen, sprach Prof. Münch beim Unternehmertag des Unternehmerverbands für den Landkreis Starnberg (uws) über die Herausforderung der Demokratie durch Populismus. Außerdem nahm sie teil an einer Podiumsrunde der Bayerischen Architektenkammer in Nürnberg zum Thema „Den Wandel gestalten“. Beim niederbayerischen Lehrertag des BLLV sprach sie über das Verhältnis von Schule und Demokratie. Vom großen Interesse auch ausländischer Journalisten gegenüber der bayerischen Landtagswahl konnte sich die Direktorin bei einem ausführlichen Hintergrundgespräch mit Mitgliedern des in Berlin ansässigen Vereins der Ausländischen Presse in Deutschland e. V. überzeugen. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Weiterbildungsinstituts CASC an der Universität der Bundeswehr hatte sie die Gelegenheit, einen „Science-Slam“ zu moderieren; bei diesem noch recht neuen Format von Wissenschaftskommunikation geht es darum, Forschungsthemen innerhalb sehr knapp bemessener Zeit möglichst allgemeinverständlich zu präsentieren.

Kollegium

Dr. Andreas Kalina sprach in Tutzing über „Re-Nationalisierung als Trend: Die Europäische Union in der Demokratiefalle“. In Kaliningrad nahm er am deutsch-russischen Dialogprogramm zu den „Möglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, gesellschaftlichem und kulturellem Gebiet“ teil. Im Wintersemester 2018/19 hält Kalina am Jean-Monnet-Lehrstuhl der Universität Passau ein Oberseminar zum Thema „Der Reformprozess zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Konzepte und Zukunftsszenarien für die Europäische Union“.

Dr. Michael Mayer sprach auf ARD alpha zur Geschichte der Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. An der Universität Bayreuth hielt er einen Vortrag zum Thema „You and #metoo: Männlichkeit und Weiblichkeit in Geschichte und Gegenwart“

Dr. Michael Schröder referierte an der Fachhochschule der Nordwestschweiz in Brugg bei Zürich über „Medienkompetenz als Schlüssel für Demokratiekompetenz“. Bei der „langen Nacht der Demokratie“ in Straubing sprach er über „Alternative Fakten – Medien und Demokratie im postfaktischen Zeitalter“. Er wurde erneut zum stellvertretenden Vorsitzenden des bayerischen Landesverbandes der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung gewählt.

Beirat

Jörg Ammon ist zum Präsidenten des Bayerischen Landessportverbandes gewählt worden. Wir gratulieren herzlich und wünschen viel Erfolg bei der neuen Aufgabe.

Kuratorium

Jürgen Böhm, Vorsitzender des Bayerischen Realschullehrerverbands, ist Nachfolger des im letzten Jahr verstorbenen Dr. Wilhelm Ebert, der von Beginn an unserem Kuratorium angehörte. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Kurator.

Prof. Ursula Männle, stellvertretende Kuratoriumsvorsitzende und Staatsministerin a.D., wurde Ende Juli von der Mitgliederversammlung der Hanns-Seidel-Stiftung zur Vorsitzenden wiedergewählt. Wir gratulieren herzlich und wünschen eine glückliche Hand beim gemeinsamen Einsatz für die Bewahrung der freiheitlichen Demokratie in schwierigen Zeiten.